

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 170.

Dienstag, den 23. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Von der Garde.

R.K. In der letzten Zeit war infolge einer Äußerung aus hohem Munde wieder einmal davon die Rede, daß die Gardetruppen größtenteils nur adelige Offiziere erhalten. Wir wollen diese Erscheinung zunächst einmal vom militärischen Standpunkt aus beurteilen.

Nehmen wir zuerst an, die adeligen Offiziere seien militärisch wirklich tüchtiger als die bürgerlichen. Dann ist es durchaus verfehlt, so viele dieser Offiziere in einem einzigen Truppenteil, sei es nun ein Armeekorps oder ein Regiment, zu stecken, denn es läge im Interesse des Heeres, sie auf die ganze Armee zu verteilen, damit alle Regimenter von ihnen profitieren. Was für einen Sinn soll es unter den heutigen Verhältnissen haben, ein Armeekorps oder ein Regiment im Frieden mit besonders intelligenten, tapferen und verlässigen Offizieren zu versehen? Kein Mensch weiß vorher, ob einem solchen Truppenteil im Kriege auch wirklich besonders schwierige Aufträge erteilt werden können. Bei den Massen, mit denen im Zukunftskriege Schlachten geschlagen werden, müssen die Armeekorps so verwendet werden, wie sie das Schlachtfeld betreten. Und dabei kann sehr leicht einem ganz simplen Linienarmeeekorps, das in der Hauptsache zu Hause in miserablen Garnisonen steht und daher nur sehr wenig adelige Offiziere aufweist, die schwerste Arbeit zufallen. Da die Gardetruppen nur einen sehr geringen Bruchteil der Armee ausmachen, können sie im Kriege die Herkulesarbeit gar nicht verrichten. Diese fällt immer den Linienarmeeekorps zu.

Sind aber die adeligen Offiziere durchschnittlich auch nicht tüchtiger als die bürgerlichen, dann ist die gewohnheitsmäßige Einstellung Adeliger in bevorzugte Regimenter ungerecht und gegen die allgemeine Wehrpflicht verstößend. Niemand kann leugnen, daß die Gardeoffiziere sehr häufig glauben, sie seien mehr als die Offiziere der Linienregimenter. Einschlägige Äußerungen von Gardeoffizieren werden vielleicht heute in der Armee noch ebenso erzählt, wie früher. Es ist ja auch sehr begreiflich, daß die Gardeoffiziere angesichts der Gardeligen, die sie auf dem Paradeplatz und den Aufschlägen tragen, meinen, die Offiziere der Linientruppen stünden weit unter ihnen. Mag Freiherr von Schlichters vor mehreren Jahren viel genannter Roman „Erstklassige Menschen“ sonst noch so minderwertig sein, in dieser Hinsicht ist er sehr lehrreich.

Die Anhäufung adeliger Offiziere in bestimmten Truppenteilen bringt aber noch andere Nachteile mit sich, vor denen den Herrschenden angst und bange sein müßte. In den Garderegimenten stehen — um uns in nationalem Ton auszudrücken — Söhne „aus den ersten Familien des Landes“ in sehr großer Anzahl. Kommen diese Regimenter stark ins Feuer, so verliert eben das Land sehr viele Söhne aus seinen „ersten Familien“. Das wäre aber gerade vom monarchischen Standpunkt aus sehr mißlich, denn die „ersten Familien“ stehen der Dynastie besonders nahe. Sie liefern ihr die Adjutanten, die Hofmarschälle, die Begleiter usw. Unter diesen Umständen liegt natürlich die Verlockung nahe, die Garderegimenter im Kriege zu schonen. In der Tat wurde während des Befreiungskrieges mit der preußischen Garde so verfahren. Es sei hier auch an eine bekannte Episode aus diesen Kriegen erinnert. Da ritt ein Adjutant an den Obersten eines in Reserve stehenden russischen Garderegiments heran und bat ihn, er möge den in der vordersten Linie fechtenden Abteilungen, die von den Franzosen stark bedrängt wurden, Hilfe bringen. Aber der Oberst antwortete: „Die russische Garde ist nicht zum Lotgeschossenwerden da.“ Im Krimkrieg wurde die französische Garde so auffällig aus der Schutzlinie gehalten, daß über sie ein Spottwort umging, das eine Variation des Ausspruchs: „Die Garde stirbt und ergibt sich nicht“ war. Deutsch kann man es allerdings nicht gut wiedergeben, weil der Deutsche für „sich ergeben“ und „sich begeben“ nicht den nämlichen Ausdruck hat. Auf Französisch lautet das Spottwort: „La garde meurt d'ennuie et ne se rend pas aux tranchées“. (Auf deutsch: Die Garde stirbt vor Langeweile und begibt sich nicht in die Laufgräben.) Militärisch ist es aber nicht vorteilhaft, wenn man Truppenteile, die man vielleicht recht notwendig brauchte, schonen muß.

Die Existenz der Garde beweist eben, daß die Stellung der Armee im Deutschen Reich noch immer von feudalen Rücksichten beeinflusst ist. Im Reich und besonders in Preußen wird die Armee auch noch heute als eine Art Eigentum des regierenden Herrn angesehen und die Garde ist besonders dazu da, den Glanz des Hofes zu erhöhen. Viele Anschauungen sind aber noch Überbleibsel aus der Kokokozeit. Bei der allgemeinen Wehrpflicht ist die Armee eine Institution des ganzen Volkes,

genau so wie die Eisenbahnen, der Apparat der Justiz usw. Und so wenig es bei der Bahn Gardebahnen und bei der Justiz Gardeamtsgerichte, Gardelandgerichte geben darf, ebenso wenig passen in unsere Zeit Gardetruppen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Revolutionsparade.

Die unter ihrer neuen politischen Leitung auf das Niveau eines antisemitischen Kabaublättchens herabgekommene „Kreuzzeitung“ darf bei einer Heze gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft niemals fehlen. So sieht sich das Sunkerbblatt auch veranlaßt, in die Klage darüber einzustimmen, daß der Demonstrationen der Breslauer Arbeiterschaft so vollkommen unblutig verlief. Schließlich führt das Blatt aus:

„Solche sozialdemokratischen Demonstrationen indessen, die der Propaganda gewidmet sind, pflegen fast immer ruhigen Verlauf zu nehmen. Dessenungeachtet sind sie als Massenparade der proletarischen Revolutionsarmee jedenfalls nicht geeignet, die öffentliche Ordnung zu fördern. Sie sollten aber der nationalen Bevölkerung als Anschauungsunterricht dienen. Denn die Massen, die diesmal sich friedlich auf den Straßen bewegten, sind zum Klassenkampf organisiert. Und, wenn die sozialdemokratische Parteileitung sie einmal zum „Entscheidungskampfe“ unter die roten Fahnen einberufen sollte, dann würden sie der Bürgerschaft zeigen, daß sie „auch anders“ können. Aber die Möglichkeit, „friedliche“ Straßendemonstration unter der Obhut sozialdemokratischer Polizisten (Ordner genannt) vorzunehmen, verdanken die Sozialdemokraten — wie so manche andere für sie erfreuliche Errungenschaft der Bülowischen Blockpolitik, der manche Liberale noch immer bittere Tränen nachweinen.“

Man wird bei einem Organ des verbohrtsten Sunkertums natürlich nicht Sinn für Recht und Gerechtigkeit allen Staatsbürgern gegenüber voraussetzen dürfen. Wenn die Breslauer Behörden eine Handhabe gehabt hätten, den Festzug zu unterdrücken, dann würden sie es wahrscheinlich getan haben. Was aber allen anderen Vereinen gegenüber recht ist, das muß auch den Gewerkschaften gegenüber billig sein. Noch ist das langersehnte Ausnahmegesetz nicht da, und solange das Ausnahmegesetz nicht geschaffen ist, hat die Arbeiterschaft das Recht, zu verlangen, mit demselben Maße gemessen zu werden, das den anderen Staatsbürgern angelegt zu werden pflegt.

### Politik in der Kaserne.

Eine neue Methode des Kampfes gegen die Sozialdemokratie wird in Braunschweig zurzeit in Anwendung gebracht. Die zur Entlassung kommenden Mannschaften des Infanterieregiments Nr. 92 und die des Husaren-Regiments Nr. 17, beide in Braunschweig, wurden am Dienstag und Mittwoch nachmittag mit den Unteroffizieren unter Führung von Offizieren in das Exerzierhaus bezw. die Reitbahn kommandiert, um Vorträge des Oberpostassistenten Behsee aus Magdeburg über das „Weisen der Sozialdemokratie“ und den Wert der Kriegervereine anzuhören. Der Redner stattete den Regimentern zunächst seinen Dank dafür ab, daß man ihm gestattet habe, zu den Soldaten sprechen zu können, um sie für eine gute Sache zu begeistern. Denn die Bestrebungen der Armee und der Kriegervereine seien die gleichen, und ihre beiderseitigen Ziele gipfelten in der Vertiefung nationalen und vaterländischen Pflichtbewußtseins, in der Betätigung rückhaltloser Treue für Monarchie und Vaterland. Dann verbreitete er sich eingehend über das Wesen der Sozialdemokratie, wie, wird leider in der bürgerlichen Presse nicht gesagt, um dann zum Beitritt in die Kriegervereine aufzufordern, deren Verdienste im Unterstützungswesen er über den grünen Klee lobte. Von dem Magdeburger Kriegerverein sind den beiden Braunschweiger Regimentern auch je 50 Exemplare der Broschüre „Hoch lebe der Reservemann“ überwiesen worden, die vom Deutschen Kriegerbunde herausgegeben worden ist.

Das Unterstützungswesen der Kriegervereine ist in seiner Wirkung allerdings kläglich genug, denn der ganze Landwehrverband für das Herzogtum Braunschweig z. B. mit seinen annähernd 25 000 Mitgliedern zahlt im Jahresdurchschnitt etwa 33 000 Mk. an Unterstützung aus, während zu derselben Zeit die freien Gewerkschaften der Stadt Braunschweig mit ihren 14 000 Mitgliedern allein weit über 200 000 Mk. als Unterstützung an ihre Mitglieder zurückfließen lassen.

Der Herr Oberpostassistent wird die Vorträge selbstverständlich in seiner freien Zeit, und nicht etwa gar in seinen Dienststunden gehalten haben. Auch wird der gesunde Sinn die Reservisten zwar davor bewahren, daß sie sich an dem zweifellos sehr gemischten Geistesgebräu des Herrn Behsee den Magen verderben. Immerhin aber

ist die Frage berechtigt, wie kommen die Regimentskommandeure dazu, die Reservisten zu offenkundig politischen Versammlungen und Vorträgen zu kommandieren, die fürsorglicher Weise unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden? Unheil werden die Versammlungen zwar nicht allzuviel anrichten können, denn die Not des Lebens wird den Reservisten schon den Weg zeigen, den sie zu gehen haben. Allein es muß doch energisch gegen den Mißbrauch der Kaserne für die einseitige politische Agitation protestiert werden.

### Auf nach Svamboland!

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger fühlt das Bedürfnis, zu allem übrigen auch noch den Jenor und Mahner des katholischen Adels zu spielen. Er fordert in der Zentrumspresse, anknüpfend an eine lange Liste protestantischer Adliger, die sich in Südwestafrika angesiedelt haben, die Niederlassung des katholischen Adels in den deutschen Kolonien, indem er ausführt:

„Für den deutschen Adel gilt auch hier das Wort „Noblesse oblige“. Gute tüchtige Adlige sollten mehr in unsere Schutzgebiete. Wenn man aber obige Liste durchsieht, dann muß man erstaunt fragen: Wo bleibt der katholische Adel! Unter allen hier aufgezählten Namen findet sich kaum ein Katholik. Gewiß ist die Liste nicht vollkommen; es finden sich Angehörige der Familien Bärenstein, Mallinckrodt, Prachma in unseren Schutzgebieten, aber mehr sind nicht bekannt. Es tritt ein nicht zu leugnendes Manko hervor. Namentlich der katholische Hochadel sollte sich mehr für die Kolonialpolitik interessieren; für seine nachgeborenen Söhne wäre hier ein weites Feld fruchtbarer Tätigkeit. Nachdem der Kaiser mit gutem Beispiel vorgegangen ist und in Südwest eine Farm gekauft hat, dürften unsere Adeligen folgen. In Ostafrika gibt es noch genügend gute und gewinnbringende Pflanzungen; Kamerun vollends ist und bleibt unsere beste Kolonie, die sich immer mehr mit ihren reichen Naturerzeugnissen erschließt. Als Katholiken wollen wir nirgends im Rückstande sein, auch nicht bei der Erschließung der Schutzgebiete.“

Vielleicht hat das Genie von Buntenhäuser, als es diese Aufforderung unterrichtete, an den Grafen v. Oppersdorf gedacht; aber schwerlich wird dieser irgend welche Neigung verspüren, dem Rufe zu folgen und sich in den neu erworbenen Landschaften des ehemaligen französischen Kongogebietes oder im Svamboland anzusiedeln. Er wird voraussichtlich Herrn Erzberger antworten: „Bitte, lieber Parteifreund und Bruder in Christo, nach Ihnen!“

### Ein badischer Geheimrat in guter Gesellschaft.

Die badische Regierung legte dem jetzigen Landtage, der am Mittwoch vom Großherzog bis zum Herbst vertagt worden ist, neue Steuerprojekte vor: die preußisch-badische Lotteriegemeinschaft und eine Erhöhung der Warenhaussteuer. Diese beiden, als „moralische Einrichtungen“ begründeten Forderungen wurden von der gesamten bürgerlichen Patriotenpartei ohne Widerspruch geschluckt; das Zentrum gab dem Lotterieteself den kirchlichen Segen und eiferte auch die Herren vom fortschrittlichen Landsturm zu einer Lobpreisung der staatlichen Zwangslotterie an, mittels welcher das Geld der kleinen Leute gegen die Raffgier der nichtnationalen Spielteufel dem einheimischen Glücksspiel gesichert werden könne.

Der erhöhten Warenhaussteuer gegenüber war die bürgerliche Demokratie in der Kommission zuerst geteilter Meinung; als aber im Plenum der 2. Kammer die Regierung und ihre Verbündeten vom schwarzblauen Block das Evangelium der Mittelstands-Rettungsmesslade predigten, war auch hier die volle Harmonie der bürgerlichen Herzen erreicht. Der sozialdemokratische Fraktionsredner, so überzeugend er die volkswirtschaftliche Wechselwirkung dieser unsozialen Steuer auch darlegte, bemühte sich vergebens. Nur die Sozialdemokraten stimmten gegen die Warenhaussteuer.

Nun ging die Sache an die Triarier des Herrenhauses, woselbst Herr v. Bodmann die Rettung des Mittelstandes den durchlauchtigsten und hochgeehrten Herren empfahl. Nur eine Stimme wagte zu widersprechen, der Jurist und Geheimrat Dr. Lewald. Er bekannte sich als prinzipieller Gegner der Warenhaussteuer; sie sei schon darum unmotiviert, weil Vermögen und Einkommen durch die badische Gesetzgebung in progressivem Grade steuerlich veranlagt sind, also die gewinnbringenden Leistungsfähigkeiten der Warenhäuser bei jeder Erhöhung ihrer Erträge getroffen werden können. Redner belehrte die Regierung, daß es mit der sozialpolitischen Fürsorge zugunsten des Mittelstandes durch eine solche Maßnahme wieder nichts sein werde. Die ökonomische Überlegenheit des modernen kapitalistischen Großbetriebes könne nicht durch eine brutale Steuer be-

festigt werden. Durch die dreifache Möglichkeit, die Warenhaussteuer auf andere abzumägen, wirkte letztere im höchsten Grade unsozial. Um angeblich den Mittelstand zu schützen, verteuere man die Preise für den Massenbedarf des Volkes und protegiere daneben die Beamten- und Offizierswarenhändler. Wer die Warenhaussteuer als ungerechtfertigt ansieht, befände sich im Einklange mit der Wissenschaft.

„Also befinde ich mich in guter Gesellschaft“, schloß der Geh. Rat Lewald seine Rede und stimmte als einziger der Oberhäupter gegen das unsoziale Gesetz.

### Oppersdorf kontra Erzberger.

In der neuesten Nummer des Organs des Grafen Oppersdorf, „Wahrheit und Klarheit“, wird der Zentrumsabgeordnete Erzberger förmlich gestäubt. „Julius“, dessen Pseudonym Erzberger geliebt hat, attestiert ihm, daß er gelogen und verkehrt habe. Schließlich wiederholt „Julius“ die Fragen, die er bereits vor 14 Tagen stellte:

„Was müßte der Brave erst sagen, wenn ich von ihm das Urteil über einen Abgeordneten erbäte, der, im Herbst 1911, als der Hitzigste einer, über die Engländer schimpft, nachher, als er englische Aktionäre für ein Unternehmen haben möchte und sein Name als Hintergrund genannt wird, erklärt läßt, daß er der größte Englandsfreund sei und, nachdem das Geschäft sich trotzdem zerschlagen, wieder schimpft (post hoc, non propter hoc)? Was von Einem zu halten ist, der Mitglieder, angefehene Mitglieder der Fraktion, in der er sitzt, als „charakterlos“ (und sehr viel schärfer noch), Herrn Julius Bachem als „falsch und doppelzüngig“, Herrn Eisele als „persönlicher Rachsucht“ zugänglichen Mann, Herrn Professor Spahn als Lügner hinstellt und sich auch über Herrn Porck recht viel schärfer auspricht als ich, der letzte der Sterblichen, der für seine Offenheit in den Dokus soll? Der über Minister und Geheimräte, mit denen er nachher friedlich paktiert, nicht günstiger denkt? Und der, ehe noch der Mond sein Antlitz einmal zu erneuern vermochte, zweimal über eine der vitalsten Fragen der Reichspolitik genau entgegengesetzte Meinungen vortrug. Einen solchen Abgeordneten kann ich ihm nennen.“

„Julius“ gibt nun deutlich zu erkennen, daß dieser vielseitige Politiker der Abgeordnete Erzberger selber ist! Herr Erzberger, der wissen mußte, daß diese Andeutungen auf ihn gemünzt waren, ging mit keinem Wort darauf ein, sondern begnügte sich damit, „Julius“ als einen neuen Schwindler Leo Taxil zu kennzeichnen. Graf Oppersdorf springt seinem Mitarbeiter tapfer bei und sagt schließlich:

„Hier gilt die Alternative: Dem simplen Ignoranten das wohlverdiente Gelächter, dem Fälscher aber der Pranger. Ich frage die Anständigen und Besonnenen aller Parteien: Kann man frivol polemisieren und ehrabwürgen, als es hier geschehen?“

Herr Erzberger wird einer Beantwortung der an ihn gestellten hitzigen Fragen natürlich auch weiterhin aus dem Wege gehen, und da die Gegenseite sich nicht unterkriegen lassen wird, wird noch weit eklerer Gestank dem schwarzen Sumpf emsteigen.

### Der zweite Reichsdeutsche Mittelstandstag

wird vom 14. bis 17. September in Braunschweig stattfinden. Es ist folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Eröffnungsansprache, 2. Wünsche des Kleinhandels (Bekämpfung der Konsumvereins- und Warenhausgefahr, sowie des Beamten- und heimlichen Handels), 3. Hausbesitzerfragen, 4. Regelung des Verdingungswezens in Reich und Einzelstaaten.

Am 16. September findet die Hauptversammlung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen werden die Beratungen über die Neuordnung des Kreditwesens und über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller wirtschaftlich Selbständigen zur Abwehr gemeinsamer Gefahren stehen.

### Kein Lehrermangel mehr?

Nach der „Städte-Zeitung“ waren im Oktober 1910 in Preußen 529 unbelegte Lehrerstellen vorhanden. Diese Zahl hatte sich im Oktober 1911 auf 383 vermindert. Außerdem waren nach derselben Quelle im Oktober v. Js. über den Bedarf 357 Schülernamensbewerber und 952 Schulamtsbewerberinnen vorhanden. Trotzdem sind Schulen mit überfüllten Klassen noch immer vorhanden; doch ist auch in dieser Beziehung eine Besserung eingetreten. Im Jahre 1910 gab es nach der „Städte-Zeitung“ an Schulen mit überfüllten Klassen 8083 mit insgesamt 1 402 000 Kindern; im Jahre 1911 sank die Zahl der über das normale Maß besetzten Schulen auf 7396 mit 1 219 000 Schülern.

### Die Rechtlosigkeit der ländlichen Gutsknechten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kann hochgereut mitteilen:

„In einer Ministerialverordnung (der preussischen Regierung), die sich mit den schon jetzt in Angriff zu nehmenden Arbeiten zur Schaffung von Landkrankenkassen und allgemeinen Ortskrankenkassen befaßt, wird darauf hingewiesen, daß es fraglich sein dürfte, ob es im eigenen Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter liegt, wenn sie mit den städtischen Versicherten in Ortskrankenkassen zusammengefaßt werden, die mehr den gewerblichen Arbeiterverhältnissen dienen. Dies wird namentlich dann in Betracht zu ziehen sein, wenn die Landbevölkerung in Anschauungen und Gewohnheiten ihre alte Eigenart und Sonderstellung bewahrt hat. Es kommt hinzu, daß die ländlichen Arbeiter vielfach mit der Ausübung von Selbstverwaltungsrechten nicht so vertraut sind und infolge der großen Entfernungen auch ihre besonderen eigenen Interessen nicht so wirksam als die städtischen Arbeiter vertreten können. Ferner würden sich nach Schwierigkeiten hinsichtlich der Beiträge und Leistungen, die vielfach von denen der gewerblichen Arbeiter abweichen müßten, herausstellen. Wenn nun die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bei den Ortskrankenkassen geschehen wird, so müssen besondere Einrichtungen getroffen werden, die die Eigenart ihrer Beschäftigung berücksichtigen. Dies gilt auch von den Hausgewerbetreibenden

und dem Gesinde. Im Interesse der Landbevölkerung ist daher verfügt worden, daß die Befugnis der gemeinsamen Ortskrankenkassen, zu allgemeinen Ortskrankenkassen ausgestaltet zu werden, gegenüber dem Recht der Land- und Stadtkreise, Land- und allgemeine Ortskrankenkassen zu errichten, zurückzutreten hat. Behördlich sollen dementsprechend Anträge auf Zulassung von allgemeinen Ortskrankenkassen, die durch Ausgestaltung gemeinsamer Ortskrankenkassen entstehen, nur dann genehmigt werden, wenn die Stadt- und Landkreise auf die Errichtung ersterer verzichten.“

Der Fall, daß die „Landkreise“ auf die Errichtung besonderer Landkrankenkassen verzichten, wird natürlich überhaupt nicht eintreten. In den Landkreisen haben die Agrarier die Verwaltung völlig in den Händen; sie können die Leistungen für die Versicherten so niedrig halten, als es das Gesetz nur irgend zuläßt, und damit sich selbst von der Beitragspflicht nach Möglichkeit drücken. Das Bündlerblatt konstatiert denn auch seine volle Befriedigung mit den Absichten der junkerlichen Handlanger in der preussischen Regierung: „Mit dieser Anordnung, die allerdings lediglich dem Sinne der Reichsversicherungsordnung gerecht wird, kann man nur voll einverstanden sein.“ Daß die Anordnung dem Sinne der Reichsversicherungsordnung entspricht, mag zutreffen. Das Gesetz ist mit seiner inoffiziellen Entrechtung der Versicherten von den Verbündeten des Schnapsblocks in hoher Harmonie mit den national-liberalen Geldsacksvertretern geschaffen worden und wenn jetzt die Herren Bethmann und Delbrück die ländlichen Arbeiter um jedes Recht auf Selbstverwaltung und halbwegs ausreichende Versorgung in Krankheitsfällen pressen, so handeln sie nur nach den Absichten der Gesetzesfabrikanten. Im übrigen aber ist das offizielle Geschreibsel nichts weiter als ein über alle Maßen klägliches Verstecken der heimlichen Entrechtung der Landknechte durch die Reichsversicherungsordnung mit hohen Redensarten zu bemänteln. Der Hinweis auf die „alte Eigenart und Sonderstellung“ der Landbevölkerung, die bewahrt werden müsse, ist so albern, daß es sich nicht verlohnt, ein Wort dazu zu verlieren. Wenn aber gesagt wird, die Landarbeiter seien vielfach mit der Ausübung von Selbstverwaltungsrechten nicht so vertraut wie die städtischen Arbeiter, so ist das gerade ein Argument für die Schaffung allgemeiner Ortskrankenkassen, wo bereits ein Stamm geschulter Arbeitervertreter vorhanden ist und in denen infolge dessen die neu in die Versicherung eintretenden ländlichen Arbeiter und Hausgewerbetreibenden am ehesten sich in ihre Funktionen als Kassenvertreter einrichten könnten. Das aber wollen gerade die Agrarier und ihre Handlanger verhindern; sie fürchten, daß die Verührung der Landknechte mit geschulten Industriearbeitern jene zu „auffällig“ machen könnte. Deshalb die Befestigung der ländlichen Hörigkeit durch die Reichsversicherungsordnung, deshalb auch jetzt die Ministerialverordnung des Herrn Delbrück, die die Landkrankenkassen zur typischen Kassenform für die junkerlichen Gesilde Ost- und Westfalens machen will und die Kassenzersplitterung mit ihrer Leistungsunfähigkeit zum Nachteil der Versicherten für alle Zeit festlegt.

### Südkel.

Mit der Kabinettsbildung ist Ahmed Mukhtar Pascha beauftragt worden. Er wurde zum Großvezier ernannt.

Gefecht zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen. An der Straße nach Prizrend hat ein heftiges Gefecht zwischen Arnauten und Truppen stattgefunden, wobei die Truppen weichen mußten. Ein kaiserliches Trabek ordnete die Einkesselung jeder Aktion der bewaffneten Macht gegen die Arnauten an. In Prizrend und Umgegend sind 15 000 Arnauten versammelt. Alle Straßen sind von ihnen abgeschnitten. Sie sind entschlossen, bis zum Ausgersten zu gehen. Auf der Bahnstrecke nach Uesküb, nahe der Station Noyarba wurde von unbekanntem Attentäter ein Bombenattentat auf einen Eisenbahnzug verübt. Die Lokomotive entgleiste, Tender und Gepäckwagen wurden zerkümmert. — Nach einer Meldung aus Uesküb sind die Aufständischen mit den modernsten Waffen versehen. Es wird nur auf den Befehl der nationalen Zentralleitung gewartet, um auf Mitrowiza zu marschieren und von dort per Bahn den Vormarsch auf Konstantinopel anzutreten. In der Ebene von Djakowa sollen sich zwölftausend Mann unter Mahmud Janjis versammelt haben, die auf den Befehl warten, sich zur Bahnstation zu begeben. Die Zahl der Aufständischen in Albanien wird auf 80 000 angesetzt.

### England.

So treibt ein Keil den anderen. Im Unterhause hielt Marineminister Churchill eine Rede zur Begründung des Ergänzungs-Flottenetats. Er sagte einleitend, der unmittelbare Anlaß zu den Nachforderungen wäre in dem neuen deutschen Flottengesetz zu finden, dessen Hauptmerkmal die Vermehrung der Streitmacht der sofort verfügbaren Schiffe aller Klassen sei. Ungefähr vier Fünftel der gesamten deutschen Seemacht würden ständig im Dienst, in voller Kriegsbereitschaft gehalten. Eine solche Vorbereitung wäre bemerkenswert. Es bestehe, soweit er, der Minister, feststellen könne, kein ähnliches Beispiel in dem bisherigen Verhalten moderner Seemächte. Eine kühl überlegende, stetige, methodische Vorbereitung, die sich über aufeinander folgende Jahre erstreckte, könne allein den Sicherheitsüberschuss einer Seemacht an Streitkräften heben. Die Anspannung, die England zu tragen habe, würde eine lange, langsame sein. Keine Hilfe könne von einer impulsiven, ziellosen Handlungsweise gewonnen werden. Großbritannien müsse von seinen deutschen Nachbarn lernen, bei denen die Flottenpolitik unerschütterlich auf ihr Ziel losgehe. Wir müssen sonst, sagte der Minister, einen großen Überschuss an Stärke haben, der sofort bereitsteht. Der Flotten-Nachtragsetat sehe keine übermäßig große Zahl von Neubauten vor. Aber die Anzahl der Schiffe, die in den nächsten Jahren zu bauen seien, müsse die Ziffern übersteigen, auf denen die Admiralität sie zu halten gehofft. Es sei vorgezogen, weitere Unterseeboote zu bauen. Der Bau von leichten Kreuzern sei beschleunigt worden. Die Vermehrung der Streitmacht der deutschen Flotte, wie sie durch das deutsche Flottengesetz festgesetzt sei, ziele die Re-

organisierung der britischen Streitmächte nach sich, um den notwendigen Sicherheitsüberschuss zu erhalten. Er schlage vor, die Anzahl der voll im Dienst gestellten Schlachtschiffe von 28 auf 30 zu erhöhen. Die zweite Flotte würde aus acht Schiffen bestehen. Von 1914 an würde Großbritannien fünf Schlachtschiff-Geschwader haben von im ganzen 41 Schlachtschiffen. Vier von den fünf Geschwadern würden voll im Dienst stehen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden nach Ansicht der Admiralität den Bedürfnissen von 1914 bis 1915 angemessen sein. Die Regierung habe beschlossen, sechs ältere Schlachtschiffe aus dem Mittelmeer zurückzuziehen und sie durch vier Schlachtschiff-Kreuzer vom „Invincible“-Typ zu ersetzen. Über die Baukosten während der nächsten fünf Jahre sagte der Minister, die Regierung habe gehofft, in den fünf aufeinander folgenden Jahren 3, 4, 3, 3, 3 Schiffe zu bauen; aber diese Ziffern müßten erhöht werden auf fünf Schiffe für das erste und auf je vier für die übrigen vier Jahre. — Es ist sicher anzunehmen, daß das Unterhaus dieser Forderung zustimmt. Dann werden natürlich die deutschen Flottentreiber ihr gemeingefährliches Treiben beginnen und einen Flottentaumel inszenieren dem schließlich auch die regierenden Kreise zum Opfer fallen. So geht es weiter — bis wir an den Abgrund angelangt sind, wenn nicht schließlich die Arbeiterklasse stark genug ist, diesen Volksfeinden das Handwerk zu legen.

### Amerika.

Grausamkeiten am Amazonasstrom. Wie das Pariser „Journal“ meldet, berichtet der aus Südamerika zurückgekehrte Reisende Meyers, daß ein gewisser Suarez sich in dem Gebiete des Beni, eines Nebenflusses des Amazonasstromes, ein Königreich gegründet habe. Das Land sei außerordentlich reich an Gummibäumen. Viele werden von Suarez durch die 200 000 Eingeborenen des Gebietes ausgebeutet. Die Eingeborenen würden grausam behandelt. Suarez zwingt sie, in gewissen Zeitabständen ein genau bemessenes Quantum Gummi zu liefern, andernfalls würde ein Amputierungsverfahren angewandt, das Suarez eingeführt habe. In jedem Falle werde dann dem unglücklichen Eingeborenen ein Glied abgenommen; die Methode schließe mit dem Abschlagen des Kopfes. Weder Frauen noch Kinder würden hierbei verschont.

Teddy der Schnitzhölzer. Der erste Staatskonvent der neuen fortschrittlichen Partei hat in Jackson, Michigan, stattgefunden und hat die Kandidatur Roosevelts befürwortet. Ferner hat er ein Programm angenommen, das sich für Aufrechterhaltung der Schutzölle im Interesse der Industrie und der Arbeiterklasse ausspricht, abgesehen von den Fällen, in denen die Monopole die Konkurrenz erdrücken und die Löhne die Kosten der Lebenshaltung ungebührlich vermehren.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 23. Juli.

Die Lübecker Bürgerschaft hielt gestern eine Versammlung ab, die trotz drückender Hitze sowohl einen stark besetzten Saal wie überfüllte Tribünen aufwies. Der Gegenstand der Tagesordnung, welcher solches Interesse zu erwecken vermochte, betraf die Nachbewilligung von 32 000 Mk. für das Stadttheater. Während sich bei wichtigen Verfassungsfragen gewöhnlich nur wenig Publikum im Rathaus einfindet, ziehen Theaterangelegenheiten immer noch zahlreiche Zuhörer an. Gestern war das wohl hauptsächlich der Fall, weil man scharfe Auseinandersetzungen zwischen der Bürgerschaft und dem Senate erwartete. Und diese blieben auch nicht aus.

Eingeleitet wurde die Debatte durch eine gutpointierte Rede des Rechtsanwalts Dr. Wittern, der auf die Überforderungen über den Vertrag mit Direktor Fuchs Bezug nahm, die vor genau zwei Jahren in der Bürgerschaft stattgefunden, und in denen gerade die Mitglieder der Theaterbehörde mit großem Pathos erklärt hatten, in Zukunft hätte der Theaterdirektor selbst das Risiko zu tragen. Für den Staat liege weder eine rechtliche noch moralische Verpflichtung vor, ihm dasselbe abzunehmen. Als damals Genosse Löwigt Zweifel geäußert hatte, daß das ernst zu nehmen sei, wurde ihm in hochtrabender Weise geantwortet. Und jetzt haben wir den Salat! All die schönen Redensarten der Theaterbehörde von 1910 sind in nichts zerronnen und nun soll plötzlich die Bürgerschaft wieder moralisch verpflichtet sein, das Defizit den Steuerzahlern aufzuhalsen. Die rechtliche Verpflichtung dazu wagte allerdings nicht einmal der Senat anzuführen. Dr. Wittern kam zu einer bündigen Ablehnung der Vorlage. Von sozialdemokratischer Seite sprachen die Genossen Hoff und Löwigt zu der Angelegenheit. Von ihnen wurde die Frage aufgeworfen, ob denn in Zukunft in gleicher Weise fortgeworfen werden und die Bürgerschaft, trotz des Vertrages, alljährlich mit Nachbewilligungen belästigt werden solle. Weiter wurde auf den Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, daß man jetzt die Stadthalle abstossen will, während man noch vor zwei Jahren behauptete, man habe die Stadthallenbühne für Proben unbedingt notwendig. Auch die Geschichte der Entlassung des früheren Direktors Kurtscholz wurde kurz gestreift und gefordert, daß die Theaterbehörde, deren Tätigkeit nirgends Zustimmung gefunden hat, zurücktreten möge. In ähnlichem Sinne äußerten sich eine ganze Reihe weiterer Bürgerschaftsmitglieder; auch nicht ein einziger uninteressierter Erstklassiger stellte sich auf die Seite der Theaterbehörde.

Der Senat hatte einen verlorenen Posten zu verteidigen und stand dabei vor der wenig beneidenswerten Notwendigkeit, seine eigenen Ausführungen aus dem Jahre 1910 preisgeben. Unter solchen Umständen hatte die mit großem Pathos vorgenommene Selbstweihrauchung der Theaterbehörde durch deren eigenen Vorstehenden den bekannten Duft des Eigenlobs. Schließlich war der Senat seelenfroh, daß die Bürgerschaft die Vorlage nicht glatt ab-



## Geschäfts-Eröffnung!

Dem geehrten Publikum vor dem Direktor erlaube ich mir ergebenst zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit dem heutigen Tage einen

### Laden

eröffne. Spezialität: 2157

**Mecklenburger Landware.**  
Ich bitte, mein junges Unternehmen möglichst unterstützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll

**Otto Greve,**  
Mörkertstr. 6-8. Fernw. 8108.

### Achtung!

**Geschäftstutcher  
u. Lagerarbeiter!**

## Versammlung

heute Dienstag, den 23. Juli

abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
Innere Verbandsangelegenheiten.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
(2163) **Der Vorstand.**

## Zentral-Krankentasse der Schuhmacher.

### Heute

Dienstag, den 23. Juli  
abends präzis 8 1/2 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1912.  
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
3. Innere Angelegenheiten.  
(2164) **Die Ortsverwaltung.**

## Dr. Schlomer verreist. (2156)

## Holsten-Meierei

Wickedestraße 44  
2025 Fernw. 2336  
empfiehlt täglich frische  
**ii. Meierei-Butter, Schlag- u.  
Kaffeesahne, Vollmilch,  
Mager- und Buttermilch,  
Dickmilch, Pimpkäse.**

## Visitkarten

— ii. Eisenbeinkarton —  
100 Stück von Mk. 1.— an  
hier!  
Die Buchdruckerei des  
Lübecker Volksboten:

## Plakate

betr.  
Verordnung des Medizinal-  
amts vom 11. Juli 1910  
bezügl. Festhalten von Nah-  
rungs- und Genußmitteln  
sind zum Preise von 30 Btg.  
per Stück zu haben in der

**Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**  
Johannisstraße 46.

**Abreisenden** aufbewahrt u. nach-  
gehändelt werden. Ge-  
genstände aller Art, als: Mobilien,  
Koffer etc. im Lagerhaus u. Spei-  
kulargeschäft **Hüderstr. 52. (189)**

Ein ordentl. **Landmädchen ges.**  
2161) Kaffeehaus 2, L.

Hedl möbl. **Vorderhaus** in verm.  
2159) Vorderhaus 22, II.

**Mägde** nach. i. d. **Kommode**  
2155) billig zu verkaufen.  
Vorderhaus 4.

**Chrenschütz** (2153)  
Hiermit nehme ich die Beileidigung,  
die ich gegen den Herrn **Dress** am  
21. Juli gemacht habe, mit Be-  
kanntheit zurück. **Maria West.**

## Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein welt-berühmtes Buch für nur 25 Pfennig

pro Woche in Liefe-  
rungen erscheinend und  
zwar die hochinter-  
essanten Erlebnisse und  
Eindrücke:

# Carl Hagenbeck von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch  
unsern Lesern den Vorteil,  
dieses wertvolle Werk mit  
134 zum Teil farbigen  
Bildern, das den Stolz  
jeder Bibliothek, einen  
Hauschatz für die ganze  
Familie bildet, das für  
Alt und Jung interessant  
und lehrreich ist, ohne  
Verteuerung in

Raten v. wöchentlich  
25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor,  
wie kein zweites bisher ge-  
schrieben wurde, noch je-  
mals geschrieben werden  
kann, ein Buch, das jeder  
sich anschaffen sollte.



„Ein Volksbuch  
im besten Sinne“  
ist Carl Hagenbecks Werk  
mit Recht genannt worden.  
Es hat den ungeheuren Er-  
folg, den es erzielte, auch  
verdient. Ein Mensch er-  
zählt darin seine Erlebnisse  
u. Erfahrungen, der auf der  
ganzen Erde heimisch ist,  
dessen Interesse sich auf alle  
Arten von Tieren und  
Menschen richtet, der Welt-  
reisender, Tierzüchter und  
Kaufmann in einer Person  
ist. Und er versteht es, seine  
Erlebnisse so interessant u.  
spannend zu schildern, wie  
der beste Roman es kaum  
vermag.

Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam angeordneten  
Wälder erheben von fernem Erdboden, deren Jagdgründe die  
Jäger und Jägerinnen des größten Tierreichs der Welt durchstreifen, dem fast  
jämliche zoologische Gärten ihre Zügelnde herdenken. Allgemein bekannt sind die  
erwähnlichen Erfolge Hagenbecks bei der Zucht, die Vögel, Tiger, Säuen und  
andere wilden Tiere in friedlichen Beziehungen zusammenzuführen läßt. Carl  
Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten  
Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr  
als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich ge-  
schildeter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang  
eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltkämpfer be-  
gründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.  
Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es  
sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu  
Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl  
Hagenbecks Werk keine bloße Unterhaltungsschrift, es ist ein Bildungs-  
element ersten Ranges. Ein neues „Brecht“ liegt hier vor uns, seiner  
lehrreichen Form entfaltet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden  
Geschäftsgenies bereichert.

Das Werk ist auch in einem  
Bande zum Preise von **M. 6.—**  
zu beziehen von der Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

**80000 Exemplare**  
bereits verkauft

Bestellen  
in die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.  
Unterzeichn. bestellt hierdurch  
**Carl Hagenbeck, von Tieren und Menschen**  
Kostlos in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M.  
nach einer Einzahlung von 75 Pf.  
Wöchentlich ist eine Lieferung anzufordern.  
Das gleiche Komplet in 1 Band für M. 6.—  
(Vollständiges ist zu durchstreichen)  
Name und Stand:  
Genauere Adresse:

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

### Achtung!

## Klempner- Versammlung

am Mittwoch, 24. Juli  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen  
ist dringend notwendig  
(2159) **Die Branchenleitung.**

### Achtung!

## Schwererente

## Versammlung

am Mittwoch, 24. Juli  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Lohnkommission.  
2. Regelung verschiedener Arbeits-  
angelegenheiten am Hafen.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
(2162) **Der Vorstand.**

## Hansa-Theater.

Dir. R. Gollbach. Tel. 610.  
2166 Anfang 8 1/2 Uhr.

### Nummer 69

„Cousin Pampulette“

Première

Wo ist die Hose?

Fräulein Tantalus.

Vorverkauf bei Sager.

## Lübecker Straßenbahn. Bekanntmachung.

Auf der Schwartauer Linie werden bis auf weiteres verjuchts-  
weise nachfolgende Sonderwagen eingelegt:

Abfahrt Markt Lübeck:

6 Uhr 55 Minuten morgens

8 Uhr 30 Minuten abends.

Abfahrt Markt Schwartau:

7 Uhr 26 Minuten morgens

11 Uhr 10 Minuten abends.

Lübeck, den 23. Juli 1912.

(2165)

**Die Betriebsverwaltung.**

## Von Friedr. Gerstäckers gesammelten Werken

empfehlen wir allen Lesern einer guten Unter-  
haltungslektüre nachbenannte Romane und Er-  
zählungen

Im Busch. Regulatoren in Ar-  
kansas. Streif- und Jagdzüge  
in Nordamerika. Gold, kali-  
fornische Erzählung. Im Eck-  
fenster. General Franco. Unter  
dem Aequator. Die Kolonie,  
brasilianisches Lebensbild. Der  
Kunstreiter. Flußpiraten des  
Mississippi. Aus zwei Welt-  
teilen u. a. m.

Sämtliche Bände sind schön gebunden und illu-  
striert zu dem billigen Preis von nur Mk. 1.30 pro  
Band durch unsere Buchhandlung zu beziehen.

## Friedr. Meyer & Comp.

Johannisstraße 46.

## Von Kosmos

ist das 6. Heft erschienen

und können die Bezieher dasselbe in Empfang nehmen.

## Buchhandlung Fr. Meyer & Co.



## Saison-Ausverkauf

v. guten zurückgesetzten Korsetten  
ohne Rücksicht auf den früheren Wert.

Korsettfabrik  
**Th. Jepsen Breite Str. 42.**

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

## Der Ratgeber

für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle  
Angelegenheiten; praktischer Hausarzt  
und Rezeptbuch nebst einem Anhang  
enthaltend: Wörterbuch der neuen Recht-  
schreibung, Zinsberechnungs- u. andere  
Tabellen. — 1200 Illustrationen und  
Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.

nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

## Die beleidigte Streikjustiz.

Langsam bekommen die Gerichtshöfe im Ruhrrevier wieder Luft. Die Flut der Prozesse, die wegen Beleidigung Arbeitswilliger gegen streikende Bergleute angestrengt worden sind, verebbt. Rund 100 Jahre Gefängnis hat man verhängt, ein erkleckliches Sühnen an Geldstrafen kommt hinzu. Die gekränkten Christen sind gerächt, das Zeichenkapital hat seinen vollen Triumph, und mit einem Seufzer der Erleichterung können die Richter sich in taufendfacher Wiederholung monatlang über die aus dem Munde: „Wui Streikbrecher“ sprechende sittliche Verworfenheit haben entrüsten müssen, in die wohlverdienten Ferien gehen. Der Staat und die öffentliche Ordnung sind wieder einmal gerettet.

Aber es scheint doch, als ob man besorgte, die Erinnerung an den Kampf der Bergknappen könnte gar zu schnell verblasen. Nachdem die Streikführer im engeren Sinne abgefertigt sind, streckt der Staatsanwalt seinen Arm gegen diejenigen aus, die ihnen zu Hilfe kamen und sich auf ihre Seite stellten, als die Justiz sie mit einer bis dahin in Deutschland nicht geschehenen Hast ergriff und zweifellos, um ein Exempel zu statuieren, in besonders beschleunigtem Tempo drakonische Strafen über sie verhängte.

Da ist in einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen öffentlichen Versammlung zu Essen am 31. März ds. Js. der Rechtsanwalt Dr. Levy in der Diskussion aufgetreten, um an dem Verfahren und den Urteilen gegen die Streikenden Kritik zu üben. Am 1. April gab die sozialdemokratische Essener „Arbeiterzeitung“ und am Tage darauf der bürgerlich-demokratische „Allgemeine Beobachter“ den wesentlichsten Inhalt der Levyschen Rede wieder. Gegen Levy sowohl wie gegen die verantwortlichen Redakteure der beiden Blätter, den Genossen Wihl. Neumann und den Herrn Eugen Schoreck hat der Staatsanwalt jetzt die Einleitung eines Strafverfahrens beantragt. Es soll nicht ungerächt bleiben, daß die drei sich abfällig über die Streikjustiz ausgesprochen haben.

Der Rechtsanwalt Levy ist kein junger Springinsfeld, den ein ungezügelttes Temperament zu verhängnisvollen Äußerungen fortztreiben könnte. Er steht seit langen Jahren in der Praxis und da er, ohne der Sozialdemokratie anzugehören, zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter vor Gericht vertreten hat, weiß er aus Erfahrung, wie es doppelt notwendig ist, seine Worte auf die Goldwaage zu legen, wenn man vom Standpunkt proletarischer Interessen aus Gerichtsurteile kritisieren will. Schon aus diesen Umständen geht ohne weiteres hervor, daß er sich in der Versammlung mit aller gebotenen Vorsicht ausgesprochen haben wird. Daß er allerdings seine Meinung recht deutlich gesagt hat, bewies der brausende Beifall, mit dem die Arbeiter seine Worte begrüßten.

Was er ausführte, das ist in jenen Tagen in der Presse und von der Rednertribüne in derselben Schärfe in zahlreichen Fällen vorgebracht worden. Was seinen Worten ihre besondere Bedeutung und Wirkung verlieh, das war die Tatsache, daß Levy unter dem unmittelbarsten Eindruck der Dinge stand, über die er sich verbreitete, und daß er nicht nach Hörensagen urteilte, sondern aus seiner praktischen Erfahrung heraus. Der Referent, Genosse Breitscheid, hatte einen Abriß der Geschichte des Streiks gegeben und dann das Eingreifen der Justiz kurz geschildert. Da setzte der Jurist ein und machte den Zuhörern

klar, wie im Ruhrrevier jetzt ganz außergewöhnliche Mittel angewendet würden, um die, die im Verdacht der Kränkung Arbeitswilliger ständen, schnell zur Rechenschaft zu ziehen und wie dieser durch die Gerichte gelübte Arbeitswilligenschuß den Interessen des Zeichenkapitals diene, auch wenn von Seiten der Richter ein solcher Effekt nicht beabsichtigt sei. Als ehrlicher Anwalt des Rechts konnte er zu dem, was in seiner unmittelbaren Nachbarschaft vorging, nicht schweigen, und so kritisierte er sowohl den Verzicht auf die in der Strafprozessordnung vorgesehene Frist zwischen der Zustellung der Ladung und dem Tage der Hauptverhandlung wie die Verhaftung der Beschuldigten, bei denen man Fluchtverdacht voraussetzte, weil sie im Streik standen. Er bemängelte es, daß in den Akten vielfach die Antworten auf die Frage, ob der Angeklagte organisiert sei, fehlten, und er bedauerte die Höhe der Urteile. Der Referent hatte von der Klassenjustiz gesprochen und daran anknüpfend wies Levy darauf hin, wie außer den angeführten Tatsachen auch noch andere es unmöglich machten, die in der Arbeiterschaft lebende Überzeugung von dem Vorhandensein einer Klassenjustiz und einer Parteinahme der Behörden zugunsten des Kapitals zu erschüttern. Ein paar Tage zuvor hatte der Vorsitzende einer Strafkammer bei der Urteilsverkündung den angeklagten Streikführern den Vorwurf an den Kopf schleudern dürfen, daß er sich bei Annäherung der Polizei wie eine „feige Memme“ der Verhaftung habe entziehen wollen, und dann hatte die Kammer den Arbeiter wegen des Streikbrecherrufs zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Eben auch war durch eine Gerichtsverhandlung erwiesen, daß die politische Polizei gegen Bezahlung dem Zeichenverband die Liste der Bezieher des Organs des Steigerverbandes beschafft hatte. Grund genug warhaftig, die Behörden vor einer Überspannung des Bogens zu warnen, und Grund genug auch, zu befürchten, daß die Essener Strafkammer, die nach Levys Ansicht bis dahin als eine der objektivsten gegolten habe, auf dem Wege sei, diesen guten Ruf einzubüßen.

Es wird wohl keinen Sozialdemokraten geben, der in jenen Wochen daselbe Thema nicht ganz ähnlich behandelt hätte, und es ist wieder anzunehmen, daß die Staatsanwaltschaft die Essener Arbeiterbewegung mit größerem Eifer liebt als die übrigen Parteiorgane, noch dürfen wir voraussetzen, daß nur in Essen in die Verammlungen der Gewerkschaften Kriminalschutzleute und Polizeispitzel gesandt werden, um auf unbedachte Worte zu spüren. Wenn man nun gerade den Rechtsanwalt Levy herausgreift und ihn der Beleidigung der Streikjustiz anklagt, so hängt das wohl damit zusammen, daß man gegenüber der Kritik eines juristischen Sachverständigen, noch dazu, wenn dieser nicht zur Sozialdemokratie gehört, besonders empfindlich ist. Unsere bürgerlichen Juristen haben ja in den vergangenen Monaten in ihrer großen Mehrzahl wieder genug Beweise von einem starken Mangel an Rechtsgefühl und an bürgerlichem Mut gegeben. Weder die Ruhrurteile noch das Verfahren gegen Borchardt und Leinert haben die Lehrer und die Anwälte des Rechts, die im Grunde mancherlei an den Dingen auszusagen hatten, aus ihrer vornehmen Zurückhaltung herauszulocken vermocht. Sie sind an den Fingern einer Hand zu zählen, die ihr Gewissen trieb, in der Öffentlichkeit Zeugnis für die Sache der Arbeiterschaft, die die des Rechts war, abzulegen, und weil so wenige diese Entschlußkraft aufbringen konnten, ist auf sie ganz besonders geachtet worden, und der

Staatsanwalt sucht nach Worten, aus denen er ihnen einen Strick drehen kann, damit Gleichgesinnte in Zukunft nicht die Lust anwandelt, in ihre Fußstapfen zu treten. Daß das Gericht zu einer Verurteilung Levys oder der beiden Redakteure kommt, die diesmal, da sie dem Worte eines Juristen Verbreitung geben, doppelt in gutem Glauben handelten, ist ja wohl nicht wahrscheinlich, aber die Einleitung des Verfahrens, so kalkuliert man, wird genügen, um Angsthäuser noch mehr einzuschüchtern.

## Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 22. Juli 1912.

Der Wortführer Dr. Börg eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min.

Er legt die Abrechnung der Bürgerchaft vor, die gegenüber dem Voranschlag einen Fehlbetrag von 339,78 M. aufweist.

Nach Bekanntgabe einiger Senatsdekrete wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Antrag: Nachbewilligung von 82000 M. für das Stadttheater.

Dr. Wittern erinnert an die Beratung der Theatervorlage vor zwei Jahren, bei der er bedauert habe, daß der Darsteller Fuchs dem Direktor Fuchs habe weichen müssen. Eine bessere Lage sei durch den Wechsel nicht geschaffen worden. Im Gegenteil, Herr Direktor Fuchs werde jenen Tag nicht segnen, an dem er die Leitung unserer Bühne übernommen habe. Die Einnahme für das Theater seien dadurch nicht gewachsen. Die Sachlage liege heute wesentlich anders, wie vor zwei Jahren. Damals habe es sich um den Abschluß eines neuen Vertrages mit Herrn Fuchs gehandelt. Eine feste Begrenzung des Zuschusses habe man gefordert und dabei gesagt, daß für die Zukunft rechtlich und moralisch jede Aussicht für Deckung etwaiger Defizite durch den Staat ausgeschlossen sei. Herr Intendant Kurt Holz habe 7000—10000 M. als Zuschuß im äußersten Falle gefordert. Das sei ihm abgeschlagen worden und dafür habe man Herrn Fuchs herangezogen. Herr Kurt Holz habe die Verantwortung für den neuen Vertrag nicht übernehmen können, deshalb könne es heute für die Bürgerchaft, die ihrer Verantwortung und Pflicht bewußt sei, nur ein Entweder — Oder geben. Herr Senator G. Ewers habe selbst seinerzeit gesagt, daß der vorgeschlagene Zuschuß das Äußerste sei, was der Staat leisten könne. Herr Löwig ist es besonders gewesen, der gewissermaßen prophetisch auf die heutige Sitzung hingewiesen habe. Herr Löwig sagte, kommen schlechte Zeiten, müssen wir doch wieder zahlen. Senator G. Ewers behauptete hierauf, diese Ansicht sei in der Theaterbehörde nicht vertreten. Er führte weiter aus, daß Herr Fuchs kein Zweifel gelassen sei, daß er ein etwaiges Defizit selbst zu tragen habe. Auch Herr Rechtsanwalt Fehling erklärte damals, man werde der Bürgerchaft nicht zumuten, das Defizit zu decken. Wer dies glaube, sei nicht ernst zu nehmen. (Zuruf: Hört, hört!) Würde heute die Bürgerchaft das Defizit bewilligen, dann allerdings braucht man sich nicht zu wundern, wenn ihr vorgemorden würde, sie sei nicht ernst zu nehmen. (Zuruf: Sehr richtig!) Das Defizit soll auch dadurch entstanden sein, daß fällige Forderungen nicht eingezogen worden seien. Vom Senatstisch wurde im Bürgerausschuß erklärt, es bleibe sich gleich, ob die Forderung angenommen oder abgelehnt werde. Der Verlust sei einmal da und müsse bezahlt werden. Ganz ungerechtfertigt sei aber, daß Summen in einer Höhe von der Theaterbehörde ausgegeben wurden, die nur durch Rat- und Bürgerbeschluß bewilligt werden durften. Bei einer Bewilligung von 8000 M. an Herrn Hofmann wurde doch die Bürgerchaft befragt, warum hat denn die Theaterbehörde bei weit höheren Beträgen den Weg zur Bürgerchaft nicht gefunden. Gewiß können sofortige Ausgaben die Theater-

## Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von G. Dewitt.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
„Wir also,“ sprach er zu sich, „gehört das Haus Nummer neunundzwanzig Stepmey Green, das Haus der Schneidern-Kooperativ-Gesellschaft, das Bunker sein eigen nennt!“ Er haßte die Häuser und sah ganz gefährlich aus. Und auch die Häuser dreiundzwanzig Bedmans Row und fünfundzwanzig Beaumont Square gehören mir. Und auch sie nennt Bunker sein eigen. Was gehört diesem Bunker?“

„Bunker ist ein betrügerischer Vormund,“ fuhr er fort, nachdem er das Dokument vom viertenmal gelesen hatte, und der andere Vormund ist es auch, falls er nicht im Grabe liegt. In diesen Tatsachen läßt sich nicht zweifeln. Dieser rechtshaffene und menschenfreundliche Onkel Bunker war also meiner Mutter und mein eigener Vormund und machte sich nichts daraus, sich das ihm anvertraute Erbe ohne Gewissensbisse anzueignen. Onkel Bunker! Onkel Bunker!“

Von Anfang an traute ich ihm nicht. Zuerst vermutete ich, daß er eine bestimmte Summe von Lord Jocelyn angenommen habe, dann stellte ich fest, daß er auf rätselhafter Weise in den Besitz gewisser Häuser gelangt war, und nun mache ich die Entdeckung, daß er weiter nichts als der Vormund gewesen ist. Na warte, du schlimmer Onkel Bunker!“ Mit der wertvollen Urkunde bewaffnet, setzte er sich seinen Hut auf und suchte mit einem entschlossenen Gesichtsausdruck, der nichts gutes ahnen ließ, seinen Onkel Bunker in dessen Kontor auf.

Er trat in dem Augenblick ein, als sich Herr Bunker anschickte, zu der täglichen Besichtigung seines Grundeigentums auszugehen. Durch diese häufigen Besuche brachte er sich seinen Mietern in Erinnerung, überzeugte sich, daß ihm seiner durchzubrennen gedachte und sorgte für pünktliche Zahlung der Miete am Fälligkeitstermine. Sonst —

„Bitte,“ rebete Harry ihn an, „hänge deinen Hut an den Nagel und höre mich an. Ich habe dir etwas Wichtiges mitzuteilen.“

„Fällt mir gar nicht ein,“ sprach Bunker. „Tolle dich und laß mich ungeschoren. Verstanden?“

„Nur nicht gleich so grob, mein Onkel. Sozial Zeit, wie ich wünsche, wirst du schon noch übrig haben.“

und gemächlich miteinander plaudern — mein ehrlicher Herr — Vormund!“

Herr Bunker sank auf einen Stuhl. In all seinen Anschlägen hatte er nie mit der Möglichkeit gerechnet, die Tatsache, daß er Harrys Vormund gewesen war, könnte je ans Licht kommen. Alle waren gestorben, die mit der Vormundenschaft etwas zu tun gehabt hatten, und nur er allein lebte noch. Daß es eine notarielle Urkunde gab, hatte er längst vergessen.

„Was wolltest du heute von mir?“ stammelte er.  
„Wein ehrenwerter Herr Onkel, ich wollte dir nur sagen, daß ich alles weiß. Verstehe mich nicht falsch — wenn ich sage, daß ich alles weiß, so weiß ich in der Tat alles, ja alles.“

„Was — was — was weißt du?“  
„Vor allen Dingen weiß ich jetzt, welches die Häuser sind, — meine Häuser — meiner Mutter Häuser. Das Haus in Stepmey Green, das du an Fräulein Kennedy vermietet hast, ist eins, ein Haus in Beaumont Square — soll ich dir die Nummer sagen? — das zweite, und ein Haus in Bedmans Row, dessen Nummer ich dir gleichfalls nennen kann, das dritte. Seit zwanzig und mehr Jahren hast du die Mieten aus jenen Häusern eingezogen und bei der Bank auf deinen Namen eingezahlt.“

„Nur weiter,“ höhnte Bunker, „weißt du noch mehr. Und angenommen, daß diese Häuser einmal Karoline Coppin gehörten, was beweist das?“ Er sprach zuversichtlich, aber die Blässe seines Gesichtes und der unfrische Blick seiner Augen verrieten ihn.

„Höre weiter, sehr ehrenwerter Onkel. Meiner Mutter stand nicht das freie Verfügungsrecht über diese Häuser zu.“

„Na, da haben wir es ja. Und wem gehörten sie dann wirklich?“

„Sie waren ihr Eigentum, ihr und ihren Erben vermacht. Aber zwei Vormünder verwalteten das Vermögen — du, mein höchst ehrenwerter Onkel, und ein gewisser John Stelton, von dem ich nichts weiß und der möglicherweise längst schon tot ist.“

Herr Bunker erwiderte nichts, aber die Blässe in seinem Gesicht nahm zu.

„Soll ich dir noch mehr sagen, oder hast du schon genug gehört?“ fragte Harry. „Es ist ein Häßliches, wenn auch kein neuer Romanstoff. Der Erbe ist voraussichtlich auf immerwiedersehen verschwunden, und der allein überlebende Vormund reißt die Mieten in seine Tasche. Der Erbe kommt zurück, und der Vormund schwört, daß die Häuser ihm gehören. Nur das Kriminalgericht gebracht.“

endet der Fall mit der Verurteilung des ungetreuen Vormundes, den der Richter wegen des gemeinen Vertrauensbruchs zu fünfundsanzig Jahren Zwangsarbeit in einer Verbrecherkolonie verurteilt. Fünfundsanzig Jahre Zwangsarbeit, mein ehrenwerter Patriarch! Stelle das dir nur einmal richtig vor, und dazu noch kurzgeschneittenes Haar und eine gestreifte Uniform.“

Herr Bunker sagte noch immer nichts, aber aus seinem Mienepiel ging hervor, daß er um so angestregter nachdachte.

„Gabe ich es dir nicht schon im voraus gesagt,“ fuhr Harry fort, „habe ich dir nicht schon längst geraten, dich mit dem Gedanken an Handfesseln und Gefängnisse und Männer in blauer Uniform vertraut zu machen? Der Augenblick ist endlich da, und entweder gibst du alles heraus, was du dir unrechtmäßig angeeignet hast, oder der Staatsanwalt nimmt die Sache auf und die Öffentlichkeit erfährt, wer hinter der Maske des ehrenwerten Vormundes eigentlich verborgen war. Mein teurer Onkel Bunker, mein Herz blutet bei diesem schrecklichen Gedanken.“

„Warum bist du nur hergekommen?“ stöhnte sein Onkel. „Es ging doch alles so gut ohne dich, es klappte alles und ich befand mich so wohl dabei.“

Bunkers Stimme klang kläglich. Der Schlag war so plötzlich gefallen, daß in seinem Kopfe alles drunter und drüber ging und er zu keinem klaren Gedanken kommen konnte.

„Ich habe dir schon einmal fünfundsanzig Pfund angeboten,“ fuhr er fort, „wenn du von hier fortgehen wolltest, und ich bin bereit, jetzt den Betrag zu verdoppeln. Was, du greiffst nicht mit beiden Händen zu? So nimm doch das Geld und quäle mich nicht länger.“

Machen wir uns doch einen kleinen Überschlag von den Geldern, die du all diese Jahre aus meinen Häusern eingenommen und für dich verwendet hast. Das Haus, in dem Fräulein Kennedy lebt, bringt im Jahr fünfundsanzig Pfund, das Haus in Beaumont Square fünfzig Pfund und das dritte in Bedmans Row — nun, jagen wir fünfundsanzig Pfund, oder zusammengezogen rund hundertvierzig Pfund im Jahr. In einundzwanzig Jahren erreicht die Gesamtsumme eine Höhe von zweitausendneunhundertundvierzig Pfund, die du in deine Tasche gesteckt hast, mein ehrenwerter Onkel.“

„Nicht halb so viel — nicht halb so viel —“ wehklagte sein Onkel. „Es gehen doch die Kosten für Ausbesserungen, Maler- und Klempnerarbeiten und all die Mietausfälle davon ab — wirklich nicht halb so viel.“

behörde zwingen, selbständig zu handeln, aber doch nur in solchen Fällen, in denen eine Nachbewilligung durch die Bürgerchaft auch in Aussicht steht. Wer das Geld ausgegeben hat, der mag es jetzt auch ersehen. (Zuruf: Sehr richtig!) Vielleicht findet sich auch nachträglich ein Garantiefonds, durch den die Summe wie bei den Maskenspielen ersetzt wird. Wir sind verpflichtet, hier entschieden nein zu sagen. (Beifall!)

Senator H. Evers wendet sich gegen den Vorredner und nimmt für den Senat das Recht in Anspruch, Forderungen zu stellen. Die Theaterbehörde nehme im vollen Umfange die Verantwortung für ihre Handlungsweise auf sich. Herr Fuchs sei, wie ja auch früher hervorgehoben wurde, Lübeck nur durch seine Ernennung zum Direktor erhalten geblieben. Herr Kurtscholz habe man den Fehlbetrag ersetzt, trotzdem er oder seine Erben ihn sehr gut tragen könnten. Man habe dies als eine Ehrenpflicht gehalten, die man auch Herrn Direktor Fuchs nicht verweigern dürfe. Die Verhältnisse seien oft stärker als der Wille des einzelnen. Er habe i. Zt. ausgeführt, daß rechtlich Herr Fuchs keinen Anspruch auf Ersetzung des Fehlbetrages habe. Die Kalkulation eines Theaterdirektors sei überaus schwierig, unvorhergesehene Ausgaben kämen überall vor. Das Übel liege aber in den Mindereinnahmen. Lübeck habe mit dem Theaterbesuch eben nicht gehalten, was man sich versprochen habe. Müßte Herr Fuchs das Defizit tragen, dann sei es ihm eben unmöglich, länger in Lübeck zu bleiben. Er habe sehr vorsichtig gemittelt. Senat und Finanzdepartement hätten eingehend beraten und wohl erwogen, alles zu vermeiden, was das Theater erschüttern könnte. Das Unglücklichste, was man tun könnte, wäre die Ablehnung der Forderung. Dadurch würde dem Staat noch mehr Schaden zugefügt. Auch ein neuer Theaterdirektor könnte nicht anders handeln. Die Ersetzung des Herrn Direktors Fuchs durch einen anderen Herrn wäre nichts anderes als ein Va-banque-Spiel. Die Schätzwerte kraft des Herrn Fuchs muß der Stadt erhalten bleiben. Nehmen Sie den Antrag an.

Dr. Eichenburg: Die Opposition hat es sehr leicht gehabt, weil vor zwei Jahren die Worte felsen, ein weiteres Defizit sei nicht zu erwarten. Diese Worte felsen, um den verflochtenen wie den zukünftigen Direktor zum Ausweichen anzuapornen. Aber unvorhergesehene Zwischenfälle kann man nicht abwenden. Unter Theater hat uns im verflochtenen Jahre 114 000 Mk. gekostet, in anderen Städten ist der Zuschuß noch größer. Freiburg i. Br. zahlte 320 000 Mk., Dortmund 200 000 Mk., Mainz 189 000 Mk., Halle a. d. S. 108 000 Mk. Die mangelhafte Anteilnahme der besitzenden Klasse hat uns im Stich gelassen. (Zuruf: Sehr richtig!) Ich richte hier an diese Klasse die Bitte, unserm guten Theater mehr zuzukommen zu lassen. Die Sorge um unser Theater und um den geschätzten Herrn Fuchs muß uns höher stehen als die Kritik. Beim Weggang des Herrn Fuchs kommen wir zu einem Regietheater, das wir nicht wollen. Nehmen Sie die Vorlage an.

Klein: Die Sorge um unser Theater steht obenan. Deshalb stelle ich auch den Antrag, eine Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage einzusetzen. Früher hieß es, die Theaterbehörde und der Direktor habe die moralische Pflicht einen etwaigen Fehlbetrag bis zu 7000 Mk. zu decken. Herr Fuchs steht aber nicht in der günstigen Vermögenslage wie Herr Kurtscholz, um ihn eventuell decken zu können. Wir sind heute in der unangenehmen Lage, das Interesse der Steuerzahler zu wahren und das Ansehen des Theaters nach außen hin nicht zu schädigen. Rechtlich, darin sind wir alle einig, ist der Direktor zur Zahlung verpflichtet. Allein für Gehalt und Löhne sind 15 000 Mk. mehr ausgegeben als im Vorjahre. Hier hätte Herr Fuchs an die Theaterbehörde herantreten und seinen Rücktritt erklären müssen. Von dieser Schuld ist er nicht freizusprechen. Für Gastspiele wurden 13 000 Mk. ausgegeben. Wie kommt es denn, daß der Besuch des Theaters trotzdem geringer wurde? Es scheint in der besitzenden Klasse eine gewisse Antipathie gegen Herrn Fuchs zu bestehen. (Widerspruch!) Die Zusammenziehung der Theaterbehörde muß eine andere werden. Eine Verbilligung der Theaterplätze sollte sowieso eintreten. Im Winter steht die arme Bevölkerung schon von 7 Uhr morgens an bei größter Kälte vor dem Theater, um ein Billett zu bekommen. Vielleicht läßt sich der zweite Rang verbilligen.

Senator H. Evers: Ein Defizit war bei dem schlechten Theaterbesuch voranzusehen. An der Vermögenslosigkeit des Herrn Fuchs lag weniger als an der Person; diese war für uns das Wichtigste. Das Theater hatte das beste Geschäft bei jenen Gastspielen gemacht, in denen die Künstler höchste Sagen bezogen.

Hoff: Hier kann man das Sprichwort anwenden: Lügen haben kurze Beine. Ich will damit nicht sagen, daß vor zwei Jahren hier bewußt Unwahrheiten ausgesprochen wurden. Daß Herr Direktor Fuchs nicht imstande ist, das Defizit zu decken, davon wurde seinerzeit hier nichts gesagt. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß durch Annahme des Vertrags für 4 Jahre Ruhe wäre. Meinem Freund Löwig wurde in jener Sitzung von Rechtsanwalt Fehling mangelnder Ernst vorgeworfen. Jetzt zeigt es sich, wo er damals nicht ernst zu nehmen war. Herr Senator Evers hat trotz seines Reichthums an Worten den gegenteiligen Standpunkt wie vor zwei Jahren dargetan. Wenn der Herr Senator seine heutige Rede mit der von 1910 vergleicht, muß er sich selbst sagen: Ich habe die Sache nicht genügend überlegt, es war unüberlegt von mir, Ihnen einen solchen Vertrag zu empfehlen. Es wird wohl gesagt, das Defizit soll gedeckt werden, aber nicht wie. Soll denn immer so fortgemurrt werden? Dazu ist doch die Bürgerchaft nicht da. Herr Dr. Wittern wies schon auf diese eigenartige Zumutung hin. Wir haben keine Ursache dazu. Herr Eichenburg behauptete, der Zuschuß betrage 117 000 Mk. Das steht im Widerspruch mit den Ausführungen des Herrn Buchwald, der als Mitglied des Finanzdepartements erklärte, daß uns das Theater 200 000 Mark kostete, wozu noch der Fehlbetrag komme. Herr Buchwald wird wissen, daß wir jetzt mindestens 250 000 Mark für das Theater aufwenden. Wir müssen endlich einmal eine genaue Aufstellung haben, was uns das Theater eigentlich kostet. Aus den Berichten ist kein genaues Bild zu ersehen. Wir schätzen Herrn Fuchs als Künstler und als Mensch hoch, aber daß er als Direktor besonders hervorragendes geleistet hätte, können wir nicht behaupten. Wir hegen auch ein Mißtrauen gegen die Theaterbehörde, da es ihr vor zwei Jahren nicht ernst war, Herrn Kurtscholz zu halten. Es wurde zwar gesagt, zwei Herren seien ihm extra nach München nachgereist, um ihn zu veranlassen, weiter im Amt zu verbleiben. Diese beiden Herren hatten Herrn Kurtscholz kaum begrüßt, als sie ihm die Frage vorlegten: Wollen Sie nicht lieber gleich zurücktreten. (Zuruf: Hört, hört!) Dafür kann ich Beweise antreten. Die Theaterbehörde führt in ihrem Bericht den Minderetrag auf die Ausgaben für höhere Lebenshaltung zurück. Zur selben Zeit, als der Vertrag beschloffen wurde, hatten wir hier in der Bürgerchaft auch Leuerungsdebatten. Damals wurde eine Leuerung, die ins Gewicht falle, von bürgerlicher Seite allgemein bestritten. Heute sehen wir schwarz auf weiß, daß das, was wir damals ausführen, vollkommen richtig war. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Es wird eben alles gedreht wie's gerade paßt. Der Mangel an zugkräftigen Operetten soll auch schuld haben. Das Publikum läutert eben seinen Geschmack. Solch fade Sachen wie das „Musikantenmädchen“ hat es mit Recht zurückgewiesen. Wenn solche Operetten nicht vollwertig sind, bebauere ich, daß die Theaterbehörde, die doch etwas davon verstehen soll, solche Stücke empfiehlt. In die Engagementsverhältnisse hat niemand hineinzugreifen, nur die Theaterbehörde, und auf sie fällt die Verantwortung. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß die Stadthalle jetzt zu entbehren sei. Vor einigen Jahren wehte noch eine andere Luft. (Zuruf: Sehr richtig!) Einst hieß es, wir müßten sie haben, das Stadttheater sei nicht groß genug, um darin mit den Proben auszukommen. Ist sie jetzt zu entbehren, war's auch früher der Fall, sonst hat eben die Theaterbehörde fahrlässig gehandelt. Wir müssen uns in erster Linie für Ablehnung der Vorlage erklären. Wir werden zwar der Kommissionsberatung zustimmen, um zu versuchen, völlige Klarheit zu erlangen. Die Kommission wird zwar wenig erzielen, weil die Rechnungen, wie Herr Dr. Wittern schon ausführte, in den Schornstein geschrieben wurden. Reisten wir für unser Theater schon einen Zuschuß von einer Viertelmillion, dann können wir auch in eigene Regie übergehen. Wenn wir nur das Risiko von Privatpersonen übernehmen sollen, wollen wir auch wissen, woran wir sind. Die Theaterbehörde ließe nicht die gehörige Vorsicht walten und vertritt auch nicht die Angelegenheit genügend vor der Bürgerchaft. Sie hätte ihr Amt niederlegen sollen. (Beifall bei den Sozialdem.)

Senator H. Evers: Der einzig munde Punkt für unser Theater ist der schlechte Besuch. Wir hoffen, daß alle Bürger zur Besserung beitragen.

Dr. Ziehl tritt für Kommissionsberatung ein. Ohne weiteres könne kein Bürgerchaftsmitglied ja sagen. Alle Bedenken im Bürgerausschuß wurden früher mit Wucht bekämpft, auch vom Senat. (Zuruf Stellung: Hört, hört!) Es wurde geradeheraus erklärt, mit dem Defizit habe man in Zukunft nichts mehr zu tun, für 4 Jahre sei man gesichert.

Jetzt sollen alles nur leere Worte gewesen sein. Im Bürgerausschuß sei ohne Widerspruch gesagt worden, Herr Fuchs sei ein vermöglicher Mann. Das hat auch mich dazu geführt, für die Vorlage zu stimmen. Heute erfahren wir genau das Gegenteil. Wenn so etwas vorkommt, dann hat der Bürgerausschuß keinen Zweck mehr. In Zukunft hat jeder Gemeinbetreibende das Recht, wenn er sich bei einem Vertrag mit dem Staat verfaßt, eine Nachforderung zu verlangen, damit ihm ein Verdienst bleibt. Überhaupt werden in letzter Zeit die Senatsbegründungen sehr schwach gegeben. Dann hätte der Senat sich die Damages ersparen sollen, den Betrag „vorsichtswelse“ auf Ansehensmittel zu verlangen. Die Summe muß im Verwaltungsjahr 1911 untergebracht werden.

Senator H. Evers gibt zu, daß Dr. Ziehls Bedenken beachtlich seien, doch lägen die Verhältnisse wesentlich anders als früher.

Aug. Bape: Von der Theaterbehörde kann man nur sagen: Dies Kind kein Engel ist so rein! Die Theaterbehörde beweist mit ihrem Verlangen ihren Bankrott. Es ist deshalb nur zu empfehlen, daß endlich einmal eine Theaterbehörde geschaffen wird, die aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt ist. Es wäre längst an der Zeit gewesen, daß Herr Rechtsanwalt Fehling aus dieser Behörde ausschied. Er war die Person, die Herrn Kurtscholz beiseite schob. Herr Kurtscholz hat mich, von den Treibereien gegen ihn nichts zu äußern, damit ihm in seiner weiteren Tätigkeit kein Schaden erwachse. Mit der Vermögensfrage des Herrn Fuchs steht es tatsächlich so, wie Herr Dr. Ziehl gesagt hat. Verfehlt waren die letzten Vorstellungen mit doppelten Preisen, zu denen kein Mensch hinging. Von der Stellungnahme des Finanzdepartements zu dieser Sache wissen wir nichts; leider ist auch heute kein Vertreter des Finanzdepartements anwesend, um uns reinen Wein einzuschenken. Herr Dr. Ziehls Bemerkung über die Gemeinbetreibenden war sehr zutreffend. Als vor 10 Jahren ein Gemeinbetreibender eine Nachforderung stellte, wurde sie abgelehnt, und dieser Mann mußte deshalb sein Gewerbe aufgeben. Es wird ferner gesagt, durch einen regeren Theaterbesuch verschwinde das Defizit. Einem Herrn mit gutem Einkommen wurde gesagt, er gehöre nicht auf einen bestimmten besseren Platz. Viele Eingewanderte fühlen sich unter den Einheimischen im Theater auch nicht wohl und bleiben deshalb dem Theater lieber fern. Die ausgedehnten Freibilletts können auch etwas eingeschränkt werden; die „Schönbdöckener Anzeigen“ allein sollen zwei Repräsentanten haben. (Seitertzeit.) Klipp und klar liegt auch auf der Hand, daß den Leuten weniger geboten wurde als zu Kurtscholz' Zeiten. Herr Hoff hat schon verschiedenes mit Recht geäußert. Der „Kodelsgeuner“ soll auch, wie ich mir erzählen ließ, ziemlich mau und nur aufgeführt worden sein, weil der Verfasser mit einem Mitglied der Theaterbehörde gut bekannt ist. Machen Sie wie ich früher schon hervorhob, den ersten Rang zum Dritten. Wenn die Bessersituierten nicht ins Theater gehen, muß für andere Besuch gesorgt werden. Wer ein Interesse daran gehabt hat, daß Herr Fuchs Direktor wurde, der mag jetzt auch für ihn zahlen. Nehmen Sie die Vorlage ab.

Senator Dr. Eichenburg verliest eine Erklärung, die am Bressetisch nicht zu verstehen ist.

Senator H. Evers wendet sich scharf gegen Aug. Bape und weist den Vorwurf gegen ein Mitglied der Theaterbehörde zurück. Er sei Vorsitzender der Behörde und könne nur erklären, daß in dieser mit großem Ernst gearbeitet werde. Er habe diesen Vorwurf nicht verdient. Man solle doch nicht allen Klatsch, der in der Stadt verbreitet werde, in die Bürgerchaft tragen.

Dr. v. Brocken polemisiert u. a. gegen Dr. Wittern; gewisse Rechnungen müßten gestundet werden, sonst komme das Theater ja zum Stillstand. Es bleibe uns nur übrig, das Theater in städtische Regie zu nehmen und Herrn Fuchs zum Regisseur zu machen, oder aber die Vorlage anzunehmen und die staatlichen Forderungen zu streichen. Herr Fuchs habe sein Bestes getan, er trage keine Schuld an dem Defizit. Nicht folgen könne man Herrn Dr. Ziehl in seiner Inbuktion, auch den gewerblichen Unternehmern ein allensfalliges Defizit zu vergüten. Eine Kommission könne alles prüfen und neue Wege schaffen.

Henk (Waltwisch) zitiert Hamlet: „Es ist etwas faul im Staate Dänemark.“ Von Herrn Intendantenrat Kurtscholz wußte man, daß er ein tüchtiger Direktor, von Herrn Fuchs nur, daß er ein tüchtiger Künstler war, und das ist ein Unterschied. Wir werden auch im neuen Jahr nicht besser abschneiden; man müßte sonst schon besondere Operetten auf Lager haben. Ich lehne die Vorlage ab.

„Sagen wir also rund zweitausend Pfund.“ sprach Harry, wie wenn ein Betrag von neunhundert Pfund und darüber keine Rolle für ihn spielte. „Der Erbe ist jetzt zurückgekommen und verlangt von dem Vornamen seine Häuser und eine Abrechnung. Doch genug des Spieles.“ sprach Harry und sprach von dem Tisch, auf dem er bisher gesessen hatte. „Die Komödie ist zu Ende. In dieser Lage hier, und er klopfte auf seine Stirn, „habe ich das Original des Testaments. Willst du wissen, wo es gewesen ist? In der Brauerei hinter einem Gebirgsbau, wo es von deinem Schwager, Bob Coppin, zusammen mit den Provinzbanknoten verpackt wurde, wegen derer Josephus Coppin in einen so schimpflichen Verstoß geriet. Zur Aufrechterhaltung dieses Geschäftes will ich dir noch mitteilen, daß das Testament vor fünfundsiebzig Jahren angefertigt wurde, also zu einer Zeit, als Caroline Coppin noch ein junges Mädchen war und bald nachdem du dich mit ihrer Schwester verheiratet hattest. Auf der Brauerei hat es der Hauptbuchhalter gesehen und in Händen gehabt. Untel Bunker, ehrenwerter Untel Bunker, das Spiel ist aus.“

Harry schritt nach der Tür. „Daß du mir noch etwas mitzuteilen, ehe ich gehe. Mein nächster Weg ist zu einem Anwalt.“

„Was ist das — das — wenigste? — O! Großer Gott! — das allerwenigste, das du als Abfindung annehmen würdest? O, nach es gnädig mit mir. Habe Mitleid und Barmherzigkeit mit einem alten Mann, der in Wahrheit nur ein armer Schuster ist, obwohl schlechte Menschen ihn für reich halten. Ja, ich bin ein armer, alter Mann, der sich den Dingen am Grunde abspat und jeder seiner inneren verbotenen Neugier zusammenbrechen muß, wenn er nicht standhaft zugrunde gehen will.“

„Zweitausend“, sagte Harry. „Sage fünfzehnhundert und erkläre die Sache damit für abgetan. Es würde mir, glaube ich, möglich sein, das Geld zu borgen.“

„Zweitausend“, wiederholte Harry. „Und außerdem selbstverständlich die Häuser, die ja mir gehören.“

„Ich kann dir nicht so viel Geld geben“, erklärte Bunker, „wirklich nicht — ich würde es dir gern geben, wenn ich es hätte, aber das Geschäft ist schlecht gewesen, meine Ausgaben haben oft meine Einnahmen überstiegen. Meine kleinen Ersparnisse hatte ich dir zugedacht — ganz gewiß und wahrhaftig. Immer gelobte ich mir, dir alles zu ersetzen. Du solltest es zurückgeben mit —“

„Eine Minute vorüber“, sagte Harry mitleidslos. „Das ist entsetzlich“, stöhnte Bunker. „Selbst um nur die fünfzehnhundert Pfund aufzutreiben, müßte ich meinen kleinen Besitz mit Verlust verkaufen. Gib mir wenigstens mehr Zeit zum Überlegen, nur eine Woche, und es wird mir schon etwas einfallen, um dich zufriedenzustellen.“

„Für noch drei Minuten“, mahnte Harry, den der Jammer seines Onkels nicht im mindesten rührte. „Oh! Oh! Oh!“ Er brach in Tränen, in wirkliche Tränen aus, die ihm sein ohnmächtiger Zorn, sein Kummer und Ärger einlößten. O, daß es einen Messen gab, der sich unterhäng, seinem Onkel so unbeschwerlich zugunehmen! Wo bliebe da alle christliche Nächstenliebe und Nachsicht?

„Nur noch zwei Minuten“, sprach Harry hartherzig. „Dann sel Bunker auf seine Knie und flehte Harry mit erhobenen Händen um Nachsicht an. Er bot ihm ein Haus — zwei Häuser — außerdem zwölfhundert Pfund — fünfzehnhundert Pfund — achtzehnhundert Pfund.“

„Nur noch eine Minute“, sprach Harry. „Nun sprach er auf, wuschelte sich die Tränen aus den Augen und begann seinen Küssen mit dem stärksten Kraftausdruck des Londoner Diners zu verwünschen. Er versuchte Harry und die Häuser und die Vormundschaft und alles, was damit zusammenhing, weil er, bis die Verachtung an ihn herantrat, ein ehrlicher Mann gewesen sei, der nach diesem Schicksal keinem Menschen in Steppes mehr werde ins Gesicht schauen können.“

„Die fünf Minuten sind vorüber“, sagte Harry und setzte seinen Fuß auf.

„Aber dem Gesicht des wie ein Kogripas schimpfenden Bunker wogte sich ein jäher Wechsel. Sein Weinen, Beten und Schmähen hörte auf und er war mit einem Schläge wiederum der Geschäftsmann Bunker, der sich jetzt an seinen Schwager setzte und mit einer Miene, als ob er der Sieger in dem Kampfe geblieben sei und seine Bedingungen diktieren, nach der Feder griff.“

„Gehe nicht“, sprach er, „ich zehne an.“

„Gehe wie du willst“, entgegnete Harry, „du magst wohl am besten wissen, was dir kommt. Das mich betrifft, so will ich nicht mehr Redens von der Sache machen, als nötig ist.“

„Du kramst die Bedingungen.“

„Zweitausend Pfund in bar, und die drei Häuser, wofür du mir einen Schein ausstellst, daß du keinerlei Ansprüche mehr an mich hast.“

„Ja, das sind die Bedingungen.“

„Ich werde eine Generalquittung ausstellen“, sprach Herr Bunker, „damit ist die Sache dann begraben. Niemand braucht davon zu wissen.“

Harry lachte. Die kühle, geschäftsmäßige Auffassung, mit der sein Onkel das von ihm begangene Verbrechen aus der Welt zu schaffen suchte, bereitete ihm Spas.

„Ich habe nichts dagegen, daß du die Quittung ausstellst“, entgegnete er, „bege jedoch von deinem Geschäftstalent eine so hohe Meinung, daß ich sie auf jeden Fall einem Anwalt zur Begutachtung und Bewunderung unterbreiten werde.“

Herr Bunker tat sehr beleidigt. Im Stillen hatte er schon gehofft, doch noch eine Hintertür zu finden — und diese Hoffnung ward ihm jetzt zu schanden. Mit gehauchelter Fassung sagte er:

„Wie du willst. Ich empfehle dir dann den Anwalt Wite in der Mile End Road.“

„Warum gerade diesen? Ist dieser Anwalt ein Freund von dir?“

„Nein, und eben deswegen empfehle ich ihn dir. Sage ihm, daß wir uns schon längst über diese Hinterlassenschaft hätten einigen wollen und daß du dich bereit erklärst, höchstens, ausgleichsweise zweitausend Pfund und die Häuser anzunehmen.“

Bunker schien es jetzt wirklich ängstlich darum zu tun zu sein, die peinliche Angelegenheit so schnell wie möglich in Güte zu erledigen. Dieser Anwalt, der mich erst kürzlich einen gemeinen Leuteschinder und Blutlunger nannte, wird erst einsehen, welch' gewissenhafter Vormund ich gewesen bin und seine Beleidigung bedauern. Ich verlange übrigens kein Stillschweigen von dir und habe nichts dagegen, wenn du einem jeden die Wahrheit erzählst. Und warum auch nicht? Es war doch alles so einfach: Mein Neffe kommt aus der Fremde zu mir zurück und sagt: „Gib mir meine Häuser!“ Ich erkläre mich dazu bereit, wenn er mir den Beistand bringt. Habe ich dir das nicht gesagt? Wie sollte ich wissen, daß du wirklich mein Neffe warst? Dann kommt der Herr, der dich angenommen hatte, zu mir und auf seine Aussage hin gebe ich dir die Häuser nebst den Mietgeldern zurück, die ich in all diesen Jahren für dich gesparrt habe. Jawohl, so hat es sich zugetragen und du darfst es einem jeden sagen.“

„Erzähle du lieber die Geschichte, Onkel. Sie wird allgemeinen Glauben finden, und ich will deiner Darstellung meinerseits nicht widersprechen.“

(Fortsetzung folgt.)

**Albers:** Ich kam mit Herrschaften zusammen, die der Theaterbehörde sehr nahe standen, und diese sagten mir das ungünstige Ergebnis voraus. Der Besuch der ersten Ränge ließ nach, weil diese Herrschaften gegen die Theaterbehörde demonstrieren wollten. (Zuruf: Hört, hört!) Das ist also sogenannter Klatsch, der die Wahrheit verbreitet.

**Schäff:** Ich will zunächst die Tatsache feststellen, daß die Theaterbehörde heute in der Bürgerschaft bei keinem Mitgliede Unterstützung gefunden hat. Damit wurde bezeugt, daß die Theaterpolitik, wie sie in Lübeck jetzt getrieben wird, nicht richtig war. Es ist deshalb sehr eigenartig, wenn die Theaterbehörde jetzt selbst mit schönem Pathos betont, sie habe in jeder Beziehung ihre Pflicht getan. Ich erklärte vor zwei Jahren in der Bürgerschaft es liege die Möglichkeit in Sicht, daß in günstigen Jahren der Direktor den Vorteil habe, in ungünstigen jedoch die Steuerzahler das Defizit zu tragen hätten. Herr Senator Evers hat damals mit gleichem Pathos wie heute erwidert, daß dies nicht der Fall sei, wir würden strikte für die Einhaltung des Vertrages sorgen. Wenn ich seine heutigen Ausführungen betrachte, fällt mir eine Hamburger Lebensart ein: Gein, Gein, was heist Du Di verandert. (Große Heiterkeit.) Jetzt hörten wir eine ganz andere Rede. Mein Freund Hoff hat schon die Frage angeschnitten, was in Zukunft geschehen soll. Der Senat allerdings trägt sich mit der Hoffnung, daß sich der Besuch bessern werde. Ich habe darin wenig Optimismus. Wenn dieser wünschenswerte Besuch nicht kommt, soll dann die Bürgerschaft wieder mit Nachforderungen belästigt werden, obwohl erklärt wurde, der Vertrag soll unter allen Umständen eingehalten werden? Dann hat der ganze Vertrag überhaupt keinen Wert. Ich wünsche Auskunft darüber. Hoff führte schon an, daß jetzt plötzlich die Stadthalle herauszumitteln sei. Senator Evers erklärte i. Zt., die Stadthalle sei zu den vielseitigen Proben unentbehrlich. Die Theaterbehörde vertrat weiter die Ansicht, mehr aus der Stadthalle herauszumitteln. Das war in keiner Weise begründet und ist auch nicht in Erfüllung gegangen. Die Stadthalle ist, wie gesagt wurde, für die Proben notwendig. Aber was soll denn nun werden, wenn wir auf ihre Benutzung verzichten? Ich bin der Meinung, daß die Wurzel des Übels unseres Stadttheaters in dem bekannten Danaergeschenk liegt, das die Bürgerschaft bedauerlicherweise angenommen hat. Das ist leider nicht mehr zu ändern. Herr Senator Evers sagte ferner zu, daß mehr billige Plätze geschaffen werden sollen durch Verbilligung des zweiten Ranges. Damit wäre ein Wunsch erfüllt, der von uns wiederholt in der Bürgerschaft ausgesprochen wurde. Wie die Verbilligung wirkt, weiß man allerdings nicht, denn bedauerlicherweise werden die billigeren Plätze vielfach von Leuten in Anspruch genommen, die mehr bezahlen können. (Zuruf: Sehr richtig!) Diejenigen, für die die billigen Plätze bestimmt sind, werden vielleicht kaum Vorteile davon haben. Herr Dr. Wittern wies schon auf die mangelhafte Begründung der Vorlage hin. Im Interesse des Herrn Fuchs hätte es gelegen, wenn jedem Bürgerschaftsmitglied in der Vorlage gedruckt nachgewiesen wäre, wie sich das Defizit zusammenfügt; dann wäre es nicht notwendig gewesen, interne Sachen vor aller Öffentlichkeit zu erörtern. Wie schon mein Freund Hoff erklärte, wird es uns außerordentlich schwer, für Kommissionsberatung zu stimmen; aber wir glauben, dadurch Unklarheiten aufzuklären. Jedenfalls ist es uns vorläufig unmöglich, die Vorlage anzunehmen. Wir bedauern dies umso mehr, weil wir Herrn Fuchs persönlich als vornehmen und tüchtigen Menschen schätzen, dem wir einen vollen künstlerischen und finanziellen Erfolg gegönnt hätten. (Beifall b. d. Sozialdem.)

**Senator D. Evers:** Vielleicht wird die Stadthallebühne zu Proben nicht ausreichen.

**v. Schaack:** Die Verteilung des Senatsantrages hat eine große Ähnlichkeit mit der Nachbemilligung vor einigen Wochen. Sie gipfelt in dem Grundsatz: Friß Vogel oder stirb. Bei der ganzen Vorlage ist Herr Fuchs zu bedauern, daß ihm kein Erfolg beschieden war. Wenn Herr Fuchs jetzt seine 12 000 Mk. Kautionsabgenommen würden, wäre er ein ruhmloser Mann. Hoffentlich findet sich in der Kommission ein anderer Ausweg. Verwundern muß man sich nur, daß Herr Dr. Eichenburg den Mut fand, die Vorlage bedingungslos zur Annahme zu empfehlen. Die Kommission muß mit scharfer elektrischer Lampe in alle Winkel leuchten, um Remedur zu schaffen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein Mitglied der Theaterbehörde im Lande herumreist und Künstler engagiert. Das Theater wird in den nächsten Jahren unsere ganze Gewerbesteuer verschlingen. Die 82 000 Mk. sind noch lange nicht alle Ausgaben, die wir zu bewilligen haben, für andere Zwecke werden nächstens noch 70 000 Mk. gefordert.

**Senator D. Evers** erklärt, daß die Theaterbehörde in die Arbeiten des Herrn Fuchs nicht eingreife. Vor zwei Jahren sei Herr Rechtsanwalt Fehling zufällig in Warmen gewesen und habe auf Ersuchen des Herrn Fuchs eine künstlerische Kraft angehört.

**Aug. Bape:** Diese Ausführungen bestätigen den vermeintlichen Klatsch. Herr Rechtsanwalt Fehling war es auch, der Herrn Kurtscholz in München zum Rücktritt bewog. Herr Kurtscholz fragte, ob er denn silberne Löffel gestohlen habe, daß man ihn so ohne weiteres beiseite stoße. Da erklärte Herr Fehling: Es gibt kein langes Besinnen, wir haben Ihren Kopf in der Schlinge. Wenn Sie nicht wollen, werden wir es. Die Nachbemilligung streichen.

**Senator D. Evers** erklärt, über alles in der Kommission genau Auskunft geben zu wollen.

Hierauf wird Kommissionsberatung beschlossen.

Der 2. und 8. Antrag wird gemeinsam beraten: Änderung des Bebauungsplanes für die innere Stadt bei der Einmündung des Fünfhausens in die Mengstraße und Ankauf des Grundstücks Mengstraße 18 und Fünfhausen 30.

**v. Schaack** gibt den Bürgerausschuß-Kommissionsbericht und geht im einzelnen auf den geplanten Umbau wie auf die Baumeiße in der Mengstraße ein. Die Kommission bittet, den Antrag abzulehnen. Der Staat besitze viele alte Gebäude, die viel Geld verschlingen. Der geforderte Preis sei viel zu hoch, zudem habe es gar keine Gie, den Fünfhausen zu verbreitern. Mit den Straßenverbreiterungen müsse man vorsichtig sein, und wenn man wirklich etwas schaffen wolle, dann sei es vor allem notwendig, die obere Postenstraße zu verbreitern. Der Verkehr dort erfordere dies. Wenn das Grundstück gekauft würde, müßten noch weitere 40-50 000 Mark. als Entschädigung für die Anlieger usw. aufgewendet werden. Dagegen sollte man den Antrag betr. die Baufluchtlinie annehmen, damit die Anlieger endlich einmal wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Redner stellt einen Antrag, die Vorlage der geplanten Änderungen der Baufluchtlinien zu beschleunigen.

**Senator Dr. Eichenburg:** Die Vorlage wird baldmöglichst erscheinen, die Vorarbeiten sind erledigt.

**Henk (Bültschick):** Durch den Umstoß des Bebauungsplans würde auch der Bahnbau Segeberg verzögert.

**Senator D. Evers** widerspricht dem.

**Senator Rabe** glaubt nicht, daß der Preis für das Grundstück zu hoch ist; auch die weiteren Aufwendungen erzielten nicht die beanstandete Höhe.

**Neuner:** Diese Vorlage zeigt, daß die Baufluchtlinien allzu sehr vom grünen Tisch vorgenommen werden. Der Fuhrwerksverkehr an der Mengstraße komme vom Schlüsselbuden her, der Fußgängerverkehr von der Breiten Straße. Und da habe sich der scharfe Eingang in die Mengstraße von je als Übel erwiesen. Eine Verkehrsstraße für Fuhrwerk, dem Schlüsselbuden zu, könne nicht gemacht werden, deshalb verlohne es sich kaum, solch ungeheure Summen für den Kauf aufzuwenden. Zu teuer möge ja das Grundstück nicht sein, doch müßten auch andere Häuser dazu genommen werden, um etwas Rechtes daraus zu machen. Eine Abrechnung von den städtischen Grundstücken fehle überhaupt. Die Vorlage sei unangebracht und vor allem nicht spruchreif.

**Senator Dr. Eichenburg** weist auf verschiedene Verbreiterungen hin, die vorgenommen wurden, um den Lastverkehr von den Dampfmaschinen herauszulernen, als Endziel hierin gelte die Verbreiterung des oberen Fünfhausens.

**Heinsohn** bestätigt, daß der Verkehr im Fünfhausen nicht zugenommen habe. Redner wünscht eine Vorlage, die den Anwohnern des Fünfhausens die Entschädigung festlegt und den Bebauungsplan des Schlüsselbudens enthält.

Dem Senatsrat wird wiederholt auf den fertigen Baufluchtplan hingewiesen. Man soll die Häuser kaufen, wenn sie billig seien.

**v. Schaack:** Wenn der Staat das Haus kauft, wird er für den Rest nur noch eine solche Summe erhalten, daß er etwa 40 000 Mk. Schaden hat. Am richtigsten ist die Ablehnung der Vorlage. Die Vorlage über die Baufluchtlinie muß endlich erscheinen.

**Neuner** hält den Plan für gefährlich. Durch einen solch großen Einschnitt an der Ecke würde ein Vorteil für den Verkehr nicht geschaffen. Den Hafenvorkehr könne man doch nicht durch den Fünfhausen lenken.

**Senator Dr. Eichenburg:** Die Verbreiterung des Fünfhausens wurde gerade in den Vorjahren vielfach gefordert, sie entstammt nicht meiner Idee.

**Babendererde:** Vielleicht ist zu erwägen, daß die Inhaberin des Grundstücks vielen Schaden erlitten hat; der zu zahlende Mehrbetrag wäre nur eine kleine Entschädigung für den erlittenen Nachteil.

**v. Schaack** verteidigt seinen Standpunkt wiederholt.

**Heinsohn** ersucht, von der Ausnahme mit diesem Haus abzusehen, wenn doch der neue Bauplan in baldiger Aussicht liege.

Der abgeänderte Bebauungsplan des Senats wird angenommen.

Der Senatsantrag über den Grundstücksankauf wird abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag v. Schaack über Beschleunigung des neuen Baufluchtlinienplans.

Der Antrag Heinsohn über die Entschädigung der Anwohner des Fünfhausens wird nach einer Ausführung Dr. Witterns zurückgezogen.

4. Antrag: Erlaß eines Gesetzes, betr. die Bebauung des auf dem Primwall an der Mecklenburger Landstraße belegenen Geländes.

**Dr. Gilbert** glaubt, daß alle Anwohner des Primwalls den Antrag mit Freuden begrüßen. Redner bringt verschiedene Wünsche in bezug auf jene Straße und des Fußweges vor; auch im Primwallnähe sollen die Fußwege besser in Stand gehalten werden. Die Männerbadeanstalt auf dem Primwall erfordert ebenfalls einige Abänderungen. Die Bewohner des Primwalls sind insofern benachteiligt, als sie für ein Badeabonnement pro Monat 3 Mk. bezahlen müssen, während die Kurgäste Travemündes für das Bad inklusive Fährte nur 2,50 Mk. zu bezahlen haben. Der Fahrpreis für die Primwallbewohner sollte ermäßigt werden, eventuell auch die Kurtaxe für die Gäste auf dem Primwall, weil diese nicht allzuviel von den Veranstaltungen in Travemünde haben. Redner erklärt zum Schluß, daß die Ferienkolonisten zu Klagen keinen Anlaß gegeben hätten.

**Wöbs** bemängelt die Höhe der Flußböte und die Bauweise auf dem Primwall. Ein Vorgarten von 8 Meter tief sollte das mindeste sein. Die Beamten der Badeanstalt sollten Sitzgelegenheit haben.

**Dr. Gilbert** beantragt statt: Dassower Chaussee: Mecklenburger Landstraße zu legen.

Der Senatsantrag wird mit der Abänderung Dr. Gilberts angenommen, ebenfalls gelangt ein Zusatzantrag Wöbs zur Annahme, von jedem Verkauf eines Platzes der Bürgerschaft Mitteilung zu machen.

5. Antrag: Wiederherstellung der Ostfassade des Rathauses.

**Heise** wünscht auch die Südfassade hergestellt und beantragt eine schnellere Erledigung der Kaiser-Denkmalfrage.

**Senator Dr. Eichenburg** ersucht um Zurückstellung des Antrages; er gereiche Lübeck nicht zur Ehre.

**Heise** behauptet, gerade sein Antrag sei zur Ehre Lübecks.

Auf Bitten von Dimpfer und Buchwald zieht Heise den Antrag zurück.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen.

6. Antrag: Aberlassung der Grundstücke Düvelnstraße Nr. 15, 17 u. 19 an den Museumsverwaltungs-Ausschuß.

Dieser Antrag wird debattelos angenommen.

Schluß 10 Uhr 20 Min.

## Aus der Partei.

**Ein sozialistischer Appell an die Internationale.** Die sozialistische Partei Portugals richtet, wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, an das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel eine Zuschrift, worin die sozialistischen Parteien aller Länder aufgefordert werden, in Versammlungen und in Parlamenten gegen die Haltung der spanischen Regierung Stellung zu nehmen, die die monarchische Verschwörung auf spanischem Gebiet gestattet und die Manöver der portugiesischen Monarchisten in der Absicht zulasse, die Republik zugunsten der klerikal-monarchistischen Reaktion zu vernichten. Obgleich die jetzige portugiesische Regierung antidemokratisch und augenblicklich arbeiterfeindlich sei, stelle die Arbeiterpartei Portugals vorläufig die Angriffe gegen die Regierung ein. Dann heißt es in der Zuschrift wörtlich weiter: „Obgleich wir Sozialisten sind, ellen wir zur Verteidigung der Republik, sobald sie in Gefahr ist!“

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Urabstimmung im Schmiedeverband ergab 8788 für und 8124 gegen die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. 162 Stimmen waren unglücklich. Die Verschmelzung ist somit angenommen.

**Ende des Streiks bei Handwald in Magdeburg.** Der Streik der Fabrikarbeiter in den Schloßfabriken der

Firma Joh. Gottl. Hauswaldt in Magdeburg ist beendet. Die Arbeiter beschloffen am Sonnabend, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Die Betriebsleitung erklärte sich zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit und bewilligte befriedigende Lohnerhöhungen. Die Streikenden werden sämtlich wieder eingestellt und treten in ihre vollen Rechte hinsichtlich der Pensionskasse usw. wieder ein.

**Lohnbewegungen im sächsischen Buchbinderei- und Kartonnagengewerbe.** In Burgstädt wurde nach mehrwöchigen Unterhandlungen mit den Fabrikanten der Buchbinderei- und Kartonnagenbetriebe erstmalig ein Lohn- und Arbeitsvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde von 60 und mehr Stunden auf 58 1/2 Stunden verkürzt. Für Kartonnagenarbeiter, Buchbinder, Linierer und Presser wurde der Stundenlohn in den ersten drei Gehlensjahren auf 82 Pfg., 87 Pfg. und 90 Pfg. festgesetzt, nachdem beträgt er 42 Pfg. Die Kartonnagenarbeiter erhalten 28 Pfg. Stundenlohn. Der Lohn für ungeübte Kartonnagenarbeiterinnen beträgt 17 Pfg., für geübte Kartonnagenarbeiterinnen 24 Pfg., für Anlegerinnen und Einlegerinnen 27 Pfg. Für Überstunden werden an Wochentagen 10 Pfg. gezahlt, Sonnabends und Sonntags 20 Pfg. Arbeiterinnen erhalten die Hälfte der Sätze. — In Blauen lief im Mai der unter schmerzlichen Opfern 1910 erreichte Tarif ab. Es sei daran erinnert, daß die Blauener Polizei damals wie heute in ganz parteilicher Weise in unseren Lohnkampf zugunsten der Unternehmer eingriff. Streikpostenstellen war verboten, und Strafmandate regnete es nur so. Die Fabrikanten hatten sich der Hinzubröder als Klausurheber bedient. Schlechte Erfahrungen, die die Kartonnagenfabrikanten und ehrbaren Buchbindemeister mit diesem Gesindel gemacht haben, scheinen sie zugänglicher gemacht zu haben. Es wurde ein neuer Tarifvertrag auf vier Jahre vereinbart, der die Arbeitszeit bis zum 15. Juli 1913 auf 59 Stunden beläßt. Von da ab tritt die 68stündige Arbeitszeit bis zum Jahre 1915 in Kraft und von diesem Zeitraum an beträgt die Arbeitszeit nur noch 57 Stunden. Die Mindestlöhne wurden um 5-6 Pfg. pro Stunde erhöht und Lohnzulagen für die, die den Lohn oder bereits mehr haben, von 3 Pfg. im Jahre 1912, im Jahre 1914 weitere 2 Pfg. und 1915 wieder 1 Pfg. zugebilligt. In Annaberg-Buchholz-Schma haben die Kartonnagen-Arbeiter Forderungen gestellt und den Fabrikanten einen Tarifentwurf zugeföhrt. Gefordert wird: Die Verkürzung der Arbeitszeit von 58 Stunden auf 55 Stunden; für Zuschneider, ständige Mustermacher und Preßergolder Wochenlohn von 20-26 Mk.; für Kartonnagenarbeiter 35 Pfg. bis 45 Pfg., für Hilfsarbeiter 30-40 Pfg. Eine der Hauptforderungen ist die Besserstellung der Akkordarbeiter, und da bei dem ständigen Wechsel der Muster und bei den nach Zuländen zahlenden Mustern die Ausarbeitung eines Akkordtarifes auf große Schwierigkeiten stößt, ist die Regelung nur durch Garantielöhne möglich, oder in Form einer Aufbesserung der äußerst niedrigen Akkordpreise zu erreichen, wenn den Arbeitern auf ihren wöchentlichen verdienten Lohn ein Zuschlag zugebilligt wird. In den drei Orten kommen nur qualifizierte Arbeitskräfte in Betracht. In den geforderten Löhnen wird man schon erkennen, daß die Erzgebirgler in ihren Forderungen sehr bescheiden sind. Die Arbeiter erreichen trotz der großen Geschicklichkeit, die ihre Arbeiten verlangen, bei weitem nicht das, was nötig ist. Auf einen Kampf dürften es die Fabrikanten kaum ankommen lassen können, da Kartonnagenarbeiter bei einem Streik als Streikbrecher kaum zu haben sein dürften.

**Nur „lästiges“ Streikpostenstehen ist verboten.** Juristische Auslegungskunst muß jetzt täglich Verbote für das Verbot des Streikpostenstehens herbringen. Nicht wenige mit Strafmandaten bedachte Streikposten verlangen auf Grund der Reichsgerichtsentcheidung, die das Streikpostenstehen für zulässig erklärte, die Annullierung des polizeilichen Strafmandats durch Richterpruch. So viel Entscheidungen, soviel widersprechende Begründungen. Doch alle lassen das Reichsgerichtsurteil außer acht, obwohl die Entscheidungen dieses höchsten Gerichtshofes sonst als Richtschnur für die untergeordneten Gerichte gelten. Einer allzu eifrigen Polizeibehörde ist durch eine Gerichtsentscheidung ein kleiner Dämpfer aufgesetzt worden. In Lengenfeld i. V. streikten vorigen Monat die Arbeiter einer Baumwollenspinnerei. Der Stadtrat erließ während des Streiks eine öffentliche Befanntmachung, monach Streikpostenstehen wegen Gefährdung der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs in zwei Straßen der Stadt verboten sein sollte. Einige Streikende, die trotz des Verbots Streikposten gestanden hatten, erhielten vom Stadtrat Strafverfügungen, wogegen sie gerichtliche Entscheidungen beantragten, die das Schöffengericht in Lengenfeld zu treffen hatte. Alle Zeugen bekundeten, daß durch die Streikposten der Verkehr nicht gestört war. Selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Freisprechung. Wohl sei der Stadtrat berechtigt, so führte er aus, Anordnungen zu erlassen, um die Sicherheit des Verkehrs zu schützen, er hatte aber kein Recht, das Streikpostenstehen schlandweg zu verbieten. Das Verbot des Stadtrats sei demnach ungesetzlich und könne eine Bestrafung der Angeklagten nicht erfolgen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach sämtliche Angeklagten kostenlos frei. Nur lästiges Streikpostenstehen könne durch eine Verordnung verboten werden. Der Stadtrat habe aber jedes Streikpostenstehen verboten und dazu hatte er kein Recht — so hieß es in der Urteilsbegründung.

**Erfolgreiche Lohnbewegungen in der Granitindustrie.** Nach langen Bemühungen ist es gelungen, in Bischofswerda (Sachsen) für die Hilfsarbeiter, Brecher und Steinmehnen einen recht umfangreichen Tarif zum Abschluß zu bringen. Die Unternehmer boten alles auf, um die Verhandlungen verschleppen zu können. Den Arbeitern riß aber die Geduld und sie reichten die Kündigung ein. Diese Maßnahme verzögerte ihren Zweck nicht und die Verhandlungen gingen flott von statten. Durch den Tarifabschluß konnten verschiedene hohe Verbesserungen erzielt werden, besonders ist es in Zukunft unmöglich, die Löhne willkürlich zu kürzen. — Die Agitatoren vom christlichen Steinarbeiterverband versuchen seit Monaten alles, um in den wendischen Steinbruchbezirken Erfolge erringen zu können. Ihre Bemühungen sind aber vergebens, denn der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Sitz Leipzig) hat in der Lausitz für 8000 Arbeiter Tarifverträge abgeschlossen können. Die Pflastersteinmacher der Firma Nikolaier in Gorfau (Schlesien) setzten einen erstmaligen Tarifabschluß durch. Die Löhne waren bisher recht unterschiedlich, die Akkordsätze wurden einfach nach Belieben festgesetzt. Dieser Modus war für die Arbeiter, — weil doch die Gesteinskategorien sehr verschieden sind —, eine besondere Härte. Die Firma Nikolaier unterhält in Schlesien vier große Granitbrüche, nun sind überall die Lohnverhältnisse tariflich fixiert. In Verbach ist die Lohnbewegung der Pflastersteinmacher sehr günstig beendet worden. Von nun an werden den Arbeitern für das Stellen des Werkzeiges drei Prozent vom verdienten Lohne vergütet. Ebenfalls wurden die Preise für einige Steinorten erhöht.

**Die Rache-Ausweisungen aus Zürich.** Von den Massenverhaftungen haben die meisten wieder aufgegehoben werden müssen, die Tragödie wird zur Komödie, und der blinde Eifer der Staats- und Gesellschaftsregierungen hat noch ein Gewaltmittel gegen die Arbeiter in Verfassung, die an dem Geburtsfehler leiden, daß ihre Mä-

nicht auf einem Fleckchen in der Schweiz, sondern im Auslande gestanden hat. Und so wies sie die Sekretäre und Vorstandsmitglieder der Arbeiterunion, die Ausländer sind, aus, die Genossen Bock und Bellazzoni, sowie die Genossen Bertram, Dorschmidt, Michel und Schubert, zusammen sechs. Sie sind nur aus dem Kanton Zürich ausgewiesen, so daß ihnen die übrige Schweiz noch offen steht, und wir wünschen und hoffen, daß es ihnen gelingen wird, in einem anderen Kanton wieder eine Existenz zu finden. Wohl um die aufreizende und verbitternde terroristische Ausweisungsmassregel etwas zu mildern, hat die Regierung auch drei Streikbrecher ausgewiesen, die berufsmäßigen, nützlichen Elemente Paul Steinbrink, Schlosser, geboren 1889, aus Darmen, Arnold Wegener, Maler, geboren 1857, aus Stettin und Max Weidner, Schlosser, geboren 1887, aus Berlin. Der letztere ist der Revolverheld, der vor kurzem einen ganz unbeteiligten Arbeiter durch einen Revolverbeschuss in den Oberschenkel schwer verwundete. Dafür hätte ihm wegen schwerer Körperverletzung eine empfindliche Gefängnisstrafe gebührt. Nun soll das Verbrechen durch die bloße Ausweisung gesühnt sein. Abgesehen ist die Ausweisung erfolgt nur wegen Schiffslosigkeit. Und das übrige gemeingefährliche Streikbrechergesindel darf fernerhin die öffentliche Sicherheit in der Stadt Zürich gefährden. Unsere Genossen sind ausgewiesen wegen Beteiligung am Generalfreist, eine direkt ungelegliche Begründung, denn es gibt im Kanton Zürich kein Gesetz, das den einfachen oder den Generalfreist verbietet, er ist also erlaubt, und wegen einer erlaubten Handlung kann nicht ausgewiesen werden. Aber was fragt danach die terroristische Bürgerverbandsregierung! Sie hat die Macht und mißbraucht sie. Schade, daß nicht die Arbeiterchaft die Macht hat, sie zum Teufel zu jagen, wie sie es verbiente.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Lebenslängliche Zwangsarbeit für eine Rabenmutter.** Das Schwurgericht in Toulouse verurteilte eine Mutter, die ihren fünfjährigen Sohn in einem von Schmutz starrten dunklen Raum versteckt hielt und ihm so wenig Nahrung gab, daß er bis aufs Gerippen abmagerte, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

### Aus Nah und Fern.

**Nach dem Genuß von Räucherwaren gestorben.** Aus Kopenick wird gemeldet: Der 43jährige Arbeiter Lehnert und die 16jährige Tochter des Arbeiters Leutich sind nach dem Genuß von Räucherwaren erkrankt und trotz rascher ärztlicher Hilfe gestorben.

**Ein schwerer Unglücksfall** ereignete sich auf dem Truppenübungsplatz in Königsdorf bei Dresden. Der Soldat Heinrich vom Infanterie-Regiment 102 fand ein Artilleriegeschütz und hob es auf. In demselben Augenblick explodierte das Geschütz und H. wurde entsetzlich verkrüppelt. Er starb kurze Zeit darauf an den Verletzungen. Zwei andere Soldaten wurden leicht verletzt.

**Eine neue Gulenburgerei?** Am 2. Januar d. J. ist in Frankfurt a. M. ein Familienvater durch den Fortschleichen v. Knobloch niedergestreckt worden. Inzwischen ist dieser auf seinen Gesundheitszustand untersucht und für genügend zurechnungsfähig erachtet worden. Es war auch schon einmal eine Verhandlung angelegt. Sie wurde aber kurz vor dem Termin abgelehnt, weil erst noch ein Obergutachten über den Gesundheitszustand des Angeklagten eingeholt werden sollte. Zudem ist wieder Kunde über diesen Fall. Fast macht es den Anschein, als wenn wir einer neuen Gulenburgerei entgegengehen. Eigenartig, daß gerade abblige Herren sich dauernd verhandlungsunfähig werden. Vom Fürsten Gulenburg hat man nun auch schon seit langem nichts mehr zu hören bekommen. Bilden die zuständigen Stellen sich etwa ein, daß diese für unsere „objektive“ Rechtsprechung so ungemein bezeichnende Affäre auf diese Weise beim Volke allmählich in Vergessenheit geraten wird? Wir werden unsere Justiz schon daran zu erinnern wissen.

**Bootsunglück.** Aus Schwettau (Provinz Posen) wird berichtet: In dem nahe gelegenen See kenterte ein Kahn mit drei jungen Landwirtsöhnen. Zwei derselben ertranken vor den Augen ihrer Eltern, der dritte wurde mit vieler Mühe gerettet.

**Der verhungerte Veteran.** Berliner bürgerliche Blätter melden: Auf dem Spielplatz in der Dörfelbacher Straße hat gestern nachmittags ein hochbetagter Kriegsveteran den Hunger erlitten. Franz Wilhelm Druz heißt der Mann, dem es so schlecht ging, daß er keine Wohnung hatte und nicht mehr so viel Geld besaß, um seinen Hunger zu stillen. Ein den Spielplatz gegenüberwohnender Oberleutnant Herr v. D. hatte ihn vormittags sich mühsam hinzulehnen sehen, aber nicht daran gedacht, daß vielleicht Entkräftung daran schuld sei. Am Nachmittag schaute Herr v. D. wieder aus dem Fenster und sah, wie der Greis umlief. Menschliche Hilfe kam zu spät. Der Veteran hatte ausgelitten. Seine Braut schmückte mehrere Anzeigen, darunter die Medaille von Mars la Tour. — Den sozialdemokratischen Antrags unterstützende Veteranen ausreißend zu unterstützen, haben im Reichstag bürgerliche Parteien und Regierung einstimmig abgelehnt. Das brauchten die alten Leute Brot, sie haben ja Krone und Medaillen, mit denen das „dankbare Vaterland“ sie „ausgezeichnet“ hat!

**Fürchterliche Statistik.** Nach einem Telegramm aus Mexiko haben 500 Zapatisten einen Eisenbahnzug, der von Mexiko nach Cuernavaca fuhr, durch eine Mine

zerstört. 80 Mann Regierungskruppen, die den Zug als Deckung begleiteten, und 9 Passagiere sind getötet worden. Die Rebellen haben den Zug angezündet. 20 Verwundete, die nicht entfliehen konnten, sind verbrannt.

**Ein bairisch-preussischer Grenzzwischenfall.** Eine interessante Verhaftungsszene spielte sich, wie man der „Frl. Stg.“ mitteilt, dieser Tage im Bad Münster a. St. in der Nähe des dortigen Brückenzollhäuschens ab. Ein von der Polizei verfolgter Flüchtling aus der Pfalz lief über die Eisenbahnbrücke von Ebernburg nach Münster a. St. Dort trat ihm ein unverhofftes Hindernis in Gestalt des Brückenzöllners entgegen, der den Passagierzoll von 8 Pfennig erheben wollte; der Flüchtling verweigerte aber diesen Zoll und wollte ausbrechen, wurde jedoch von dem Brückenzöllner festgehalten; inzwischen kam auch der polizeiliche Verfolger aus der Pfalz auf die Brücke und wollte den Ausbrecher verhaften; dieser protestierte aber gegen die schwere Grenzverletzung mit den Worten: „Ich bin hier in Preußen! Ich bin so über die bairische Grenze! Ihr hennet kein Recht, mich im Königreich Preußen zu verhaften!“ — Der pfälzische Sicherheitsmann ließ sich aber durch diese geographische Rechtsbehauptung nicht irre machen, er griff mit seinen langen Armen ins Königreich Preußen hinüber und zog mit einem kräftigen Ruck den Flüchtling ins Königreich Bayern zurück.

**Bodenerkrankung in Frankfurt a. M.** Vor einigen Wochen erkrankte in Frankfurt a. M. eine russische Artistin an den Pocken. Der sie behandelnde Arzt wurde hierbei infiziert und erkrankte selbst schwer. Er erstattete keine Anzeige, sondern behandelte sich selbst. Die Krankheit übertrug sich auf seine Familie und auf Personen, die mit seiner Familie in Berührung kamen. Im ganzen sind 15 Personen erkrankt, die jetzt in den Isolierbaracken untergebracht sind. Eine Frau, die in der Nähe des Arztes wohnt, ist bereits gestorben.

**Schreckensstat eines abgewiesenen Liebhabers.** In Hanau hat sich eine Liebestragödie abgespielt. Der Schlosser Otto Jost unterhielt mit der zwanzigjährigen Ida Vogt ein Liebesverhältnis, daß die Eltern nicht billigten. Jost drang in die Wohnung seiner Braut ein, gab auf deren Vater, den Tagelöhner Vogt, zwei Schüsse ab, ohne ihn zu treffen, verwundete seine Braut durch zwei weitere Schüsse schwer und stürzte sich dann aus dem dritten Stockwerk auf die Straße. Er erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

## Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

### die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten“ zu agitieren.

**Die Witterung in Süddeutschland und Österreich.** Sonntag ist in München ein scharfer Temperaturwechsel eingetreten, es regnete anhaltend in Strömen, die Gebirgsflüsse führten bereits Hochwasser. In Wien folgte auf die Hitze der letzten Tage ein jäher Temperatursturz. In den ersten Nachmittagsstunden erhob sich ein furchtbarer Sturmwind. Ein schwerer Wolkenebruch ging nieder und die Temperatur sank in wenigen Minuten bis auf 11 Grad. Gegen Abend ließ der Regen etwas nach, doch wütete der Sturm unermüdet fort. In vielen Teilen Niederösterreichs haben schwere Hagelschläge und Wolkenebrüche gewüthet. Aus Mürren kommt die Nachricht, daß ein mehrstündiger heftiger Schneefall über Nacht die Berge bis ins Tal in eine vollständige Winterlandschaft verwandelt hatte.

**Ein schweres Automobilunglück** hat sich in der Nähe von Zwimmet erbeut. Ein Industrieller aus Rheims, der einen nicht beleuchteten Wagen ausweichen wollte, schlug mit seinem Automobil um. Hierbei geriet er unter den Wagen und wurde getötet. Zwei weitere Insassen wurden schwer verletzt.

**Zwei Arbeiter erstickt.** In der Ziegelei und Zementfabrik von Jien in Dubest Ciopla ereignete sich ein schweres Unglück. Es wurde gerade ein Kessel gereinigt, als plötzlich eine furchtbare Detonation erfolgte. Der Kessel war explodiert. Durch die austretenden Dämpfe wurden zwei beim Reinigen des Kessels beschäftigte Arbeiter erstickt, während ein dritter schwer und zwei andere leichter verletzt wurden. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden.

**Statistik eines Wahnsinnigen.** Ein Einwohner des italienischen Dorfes Rafano wurde plötzlich irrsinnig. Er erschoss, nachdem er seine Familie schwer mißhandelt hatte, mit einem Revolver seinen Bruder und seine Schwie-

germutter. Dann eilte er in das Nachbardorf, wo er seinen Vater mit einer Kugel niederstreckte. Ihn ihn verfolgenden Polizisten verletzte er durch einen Schuß. Schließlich wurde er von einem Polizisten mit dessen Dienstrevolver getötet.

**Ein Tiroler Postautomobil verunglückt.** Sonntag morgen hat sich in Toblach ein schweres Automobilunglück zugetragen. Bei der Einfahrt in das Hotel Toblach stürzte das von Cortina kommende Postautomobil in den Straßengraben. Zehn Passagiere wurden verletzt; Frau Emilie Heinrich aus Leipzig, eine 62 Jahre alte Dame, wurde getötet. Ihr Sohn und ihre Tochter erlitten einen heftigen Nervenschoc. Das Automobil hat sich vollständig überschlagen und ist zertrümmert. Derselbe Wagen stürzte schon vor drei Wochen dreißig Meter von der heutigen Unfallstelle in den Straßengraben. Wahrscheinlich ist das Automobil damals schlecht repariert worden, so daß heute bei dem schlechten Zustand der Straße die Steuerung nicht richtig funktionierte.

**Eine vorbildliche Polizei.** Von der spanischen Polizei können selbst gerissene Geschäftsleute noch etwas lernen, wie folgendes Hörtörchen beweist: Vor etwa sechs Wochen ver schwand aus Locarno ein junger Zollangestellter namens Wanini. Jetzt erst treffen Nachrichten von ihm ein. Auf einer Vergnügungsfahrt nach Spanien wurde er in Barcelona als italienischer Anarchist verhaftet. Mehr als einen Monat war er dort im Gefängnis; erst vor einigen Tagen gelang es ihm, seiner Familie einen Brief zukommen zu lassen. Ein Bruder reiste sogleich dorthin ab, und mit Hilfe des schweizerischen Konsuls konnte er die Freilassung bewirken. Die Polizei von Barcelona wollte noch die 300 Franc einfordern, welche die Familie für Nachrichten über den Verschundenen ausgelegt hatte.

**Meuternde Sträflinge in einer Irrenanstalt.** In der Kriminalabteilung der Turiner Irrenanstalt Colegno ist es am 14. d. zu einer Revolte gekommen, an der sich 80 geisteskranke Verbrecher beteiligten. Die Irren, die die Sache offenbar vorbereitet hatten, überfielen in der Nacht die die Säle inspizierenden Wärter und überwältigten vier von ihnen. Drei Wärter sperrten sie in die Zelle, den vierten schlepften sie aufs Dach, um durch die Drohung, ihn hinunterzuwerfen, sich selbst vor gewaltsamen Maßregeln zu schützen. Zum Überflus nahmen die Sträflinge den Wärtern ihre Schlüssel ab und konnten auf diese Weise in den Raum bringen, in dem die Waffen und gefährlichen Werkzeuge aufbewahrt werden, die man den Kranken bei ihrer Aufnahme abnimmt. Als sie sich nun bewaffnet sahen, wurden die Sträflinge, die es ursprünglich auf einen Massenausschub abgesehen zu haben schienen, noch übermütiger und ließen sich auch durch die Feuerwehr, die aus Turin herbeigerufen worden war, keineswegs einschütern. Schließlich mußte man, da sich der Direktor der Anstalt auf das entschlossenste weigerte, die Anwendung von Gewalt zu autorisieren, mit den Meuterern unterhandeln. Sie verlangten die Herbeirufung des Präfekten und des Polizeidirektors von Turin sowie eines sozialistischen Provinzialverordneten. Als man ihnen das bewilligt hatte, ließen sie sich Straffreiheit versprechen und lieferten dann die Waffen sowie die vier als Geiseln gehaltenen Wärter ab. Bei der Ablieferung der Waffen kam es zu einem aufregenden Zwischenfall. Einer der Irren fuhr drohend mit einem langen Dolch umher, worauf der Direktor der Anstalt, Professor Marro, selbst natürlich unbewaffnet, auf den Mann zutrat und ihm die Waffe abforderte. Ehe dieser, den die Ruhe des Arztes einschüchterte, Folge leisten konnte, wurde er jedoch von einem anderen Sträfling ent waffnet.

**Untergang eines Dampfers.** Ein Radiotelegramm berichtet über London von dem Untergang des französischen Dampfers „Afrigue“ an der Küste von New Foundland auf der Höhe von Langley. Die gesamte Besatzung hat den Tod in den Wellen gefunden. Einzelheiten über den Umfang der Katastrophe fehlen noch.

**Unfall.** Aus Boston (Grafschaft Lincoln) wird gemeldet: Während der Reise des Königs paares erfolgte ein schwerer Unglücksfall. Bei der Durchreise sammelten sich etwa 40 Arbeiter und Arbeiterinnen einer Fabrik auf einem hölzernen Steg zwischen zwei Fabrikgebäuden. Der Steg brach zusammen und alle darauf Stehenden stürzten in den gefülltesten Hof. Fast alle wurden schwer verletzt, darunter sechs lebensgefährlich.

**Von einem stürzenden Flugzeug erschlagen.** Wie ein Telegramm aus Lund, Schweden, berichtet, stürzte dort der Kapitän Sundstedt mit seinem Aeroplan aus etwa 20 Meter Höhe herab. Der Apparat fiel auf ein rabelndes Mädchen, das auf der Stelle getötet wurde. Der Flieger erlitt nur geringfügige Verletzungen.

**Die Newyorker Mordaffäre.** Die Pariser Ausgabe des Newyork Herald berichtet aus Newyork, daß es der Polizei gelungen ist, die Identität sämtlicher Personen festzustellen, die sich in dem Automobil befanden, aus dem der Schuß fiel, der Rosenthal das Leben kostete. Sie gehören alle der Newyorker Upachewelt an und haben sich ihrer Verhaftung durch die Flucht entzogen. Die Polizei ist ihnen jedoch auf der Spur, und hat ihre Signalements nach allen Gegenden versandt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

# Höchst wichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.

Unseren Lesern teilen wir hierdurch mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Zeitschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den erwachsenen Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur bereits Proben — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:  
Der Mensch in der Pfahlbauzeit.  
— Wenn die Erde erstickt.  
— Geisteswelt und Schönheit.  
— Der Wille und dessen Gesamtheit.  
— Das Leben unter Wasser.  
— Photographie.  
— Liebe und Ehe bei den Naturvögeln.  
— Der Mensch und die Geisteswelt.  
— Fiktionelle Luft.  
— Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter.  
— Berühmteste Städte in der Sahara.  
— Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt.  
— Meia Aquarium.  
— Unser Sonnenstern.  
— Das heutige Erbrecht v. a. s. w.  
Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine reich illustrierte

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 8 kompl. Werke geliefert werden:  
Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.  
Illustrierte Weltgeschichte.  
Die Entstehung der Erde.  
Illustrierte Himmelskunde.  
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.  
Denkwürdige Entdeckungsgeschichten.  
Denkwürdige Erfindungen.  
Illustrierte Tierkunde.  
Illustrierte Pflanzenkunde.  
Illustriertes Buch der Technik.  
Entdeckungsgeschichten nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungsgeschichten im schwarzen Erdteil.  
Illustriertes Buch der Chemie.  
Der Vulkanismus.  
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.  
Der Bau des menschlichen Körpers.  
Die Völker Afrikas.  
Die Völker Amerikas.  
Illustrierte Geschichte des Mittelalters.

**Bestellzettel** für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.  
Herrn  
**Fr. Meyer & Co.**  
Lübeck.  
Unterzeichneter abonniert hierdurch auf  
**„Welt und Wissen“.**  
52 Hefte à 15 Pf.  
Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf absehen können, haben wir die kleine Zeitschrift, die wir vornehmlich den erwachsenen Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird, und zwar auf nur 15 Pf. für ein Heft herausgegeben.

Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine reich illustrierte